

# BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäcker und Verfassgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 23), Maxstraße 6.

Offizielles Organ  
der Zentral-Arten- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Verfassgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

## Kinderlohn im Bäckergewerbe.

Von Louise Zieg.

Das Austragen von Backwaren durch Kinder ist eine Spezialität der Großstädte. Des morgens um 4 und 5 Uhr kann man die kleinen Lohnslaven an der Arbeit finden. Den Brotkorb über dem Arm, das Laternchen vor der Brust, so geht's im Galopp die Treppen auf und ab, um den Kunden das Frühstücksbrot, die frischen Semmeln, Mundstücke, Schrippen oder wie man sie sonst heißt, zu bringen.

Die Bequemlichkeit und Gewohnheit der Konsumenten haben ebenso sehr die Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft beim Brottragen gefördert, wie sie auch ihr gerüttelt Maß Schuld mit tragen daran, daß noch immer die Nachtarbeit im Bäckergewerbe in so überaus großem Maße zu finden ist.

In manchen Städten müssen die kleinen Brotträger nicht nur das Brot morgens früh tragen, sondern müssen die Kunden auch noch wecken. Da heißt es denn doppelt aufpassen! Um überall rechtzeitig zu sein, wird die Haß um so größer. In Hamburg haben vor einigen Jahren die Lehrer Erhebungen darüber angestellt, wieviel Kinder als Brotträger beschäftigt werden und in welchem Alter. Diese Erhebungen ergaben unter anderem, daß nicht nur Kinder, sondern auch Jugendliche im Alter von vier Jahren. Mitten im letzten Schlaf, um 3 und 4 Uhr morgens, werden sie aus den Betten gerissen und hinaus geht's, allen Unbilden der Witterung preisgegeben. Dazu noch — wie so oft — in ungenügender Kleidung. Daß diese Kinder Zeit ihres Lebens geschädigt werden, liegt auf der Hand. Nicht genug, daß man ihnen ihre Jugend raubt, die Zeit des Spiels und der Sorglosigkeit, von der Denker und Dichter nicht genug zu singen wissen, nein, die Kinder bleiben in der körperlichen und geistigen Entwicklung zurück. Daß sie körperlich Schaden leiden infolge der Haß bei der Arbeit, der ungenügenden Ruhe und stets in Gefahr sind, bei Kälte, Sturm, Schnee und Regen sich irgend eine akute Krankheit zuzuziehen, bedarf keines weiteren Beweises. Daß ferner Kinder, die des morgens vor dem Schulunterricht stundenlang gearbeitet, müde und abgestumpft in den Unterricht kommen, diesem nicht folgen können, vielleicht sich nicht einmal wach zu halten vermögen, mit einem Worte: nicht aufnahmefähig in geistiger Hinsicht sind, wird ebenfalls jedem einleuchten.

Die Schädigung, die die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft für das Kind selbst im Gefolge hat, liegen also klar auf der Hand. Aber die Kinderarbeit bedeutet auch einen eminenten Schaden für die in derselben Branche beschäftigten erwachsenen Personen. Kinder- wie Frauenarbeit haben eine lohnrückende Tendenz. Bei den Frauen sucht man dieser Tendenz entgegenzuwirken, sie allmählich auszumergen durch Quantifizierung der Frauen, durch Eintreten für die Parole: „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, ohne Rücksicht auf das Geschlecht des Arbeitenden. Bei den Kindern muß es aus all den oben skizzierten Gründen heißen: „Fort mit der Kinderarbeit!“ Das Kind gehört in die Schule und auf den Spielplatz, aber niemals in die Erwerbsarbeit.

Leider hat sich die Gesetzgebung nicht zu diesem Grundsatze bekannt. Das Kinderlohngesetz, das mit dem 1. Januar 1904 in Kraft getreten ist, erfüllt als Ganzes durchaus nicht die Anforderungen der Arbeiterchaft, obgleich wir gern anerkennen, daß es gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutende Verbesserungen bringt. Das Gesetz, das an dieser Stelle in seinen Hauptzügen bereits einmal einer Kritik unterzogen ward, bringt für die des Schutzes teilhaftig gewordenen Kinder im wesentlichen folgendes: Verbot der Arbeit für die ganz jungen Kinder. Unter zwölf Jahren darf kein Kind beschäftigt werden (für das Bäckergewerbe wie für die übrigen Botendienste fällt die Unterscheidung zwischen „eigenen“ und „fremden“ Kindern fort, da eigene Kinder, die für Dritte beschäftigt werden, den Fremden gleichgestellt sind). Verbot der Nachtarbeit, der

Arbeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens. Verbot der Beschäftigung vor dem Vormittagsunterricht. Verbot der Sonntagsarbeit bis auf zwei Stunden täglich. Mittags muß den Kindern eine zweistündige, nach Beendigung des Nachmittagsunterrichts eine einstündige Pause gewährt werden. Die tägliche Arbeitszeit darf 3 bzw. 4 (in den Ferien) Stunden täglich nicht überschreiten. Zweifellos eine der besten Bestimmungen des Gesetzes ist das Verbot der Beschäftigung des morgens vor dem Vormittagsunterricht.

Leider gestattet das Gesetz für die zwei „Uebergangsjahre“, daß hiervon durch die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen gestattet werden können.

In Hamburg hat die Polizeibehörde von dieser Verfügung Gebrauch gemacht und hat verfügt, daß bis zum 1. April 1904 die Kinder beim Brottragen (auch Zeitung- und Milchtragen) schon von 6 1/2 Uhr an eine Stunde vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden dürfen. Sollte diese Verfügung am 1. April wieder außer Kraft gesetzt werden, möchte es ja hingehen, obgleich wir nicht einsehen können, weshalb sie erlassen ward. Jedoch ist bei der sozialpolitischen Rückständigkeit Hamburgs zu befürchten, daß am 1. April eine Verlängerung dieser Bestimmung eintritt. Dagegen müßte dann allerdings der allerhöchste Protest erhoben werden.

Wenn das Gesetz als Ganzes auch nicht im Entferntesten unseren Forderungen gerecht wird, so haben wir doch im Interesse der Kinder und der ganzen Arbeiterchaft alle Hebel in Bewegung zu setzen, um wenigstens das im Gesetz an Schutz Gebotene voll und ganz auszunutzen. Dabei bleibt uns nicht nur eine Kritik der Unzulänglichkeit des Gesetzes unbenommen, im Gegenteil, dieselbe erhält bei strikter Ausnutzung des gebotenen Schutzes eine viel breitere Grundlage und wird dadurch zu einem Mittel, den weiteren Ausbau des Schutzes zu beschleunigen. Da für die Kontrolle seitens der Behörden so gut wie nichts geschieht, ist den Organisationen und dem einzelnen Arbeiter ein weites Feld der Betätigung im Interesse der Kinder des Proletariats gegeben. Beachern wir dieses Feld!

## Die Trunksucht als Krankheit.

Von Theo. Hoppe.

Auf dem letzten internationalen Kongresse gegen den Alkoholismus stellte einer der Redner — Prof. Dr. Grauer — seinem Meierat die These vorans: „Die Trunksucht ist eine Krankheit.“

Man braucht nicht gerade auf dem Standpunkte eines Abstinenzlers zu stehen, um einzuliegen, daß dieser Ausdruck eine gewisse Berechtigung hat. Ein jeder, der nicht Herr seines Willens ist, der seine Leidenschaft nicht zügeln kann, muß, wohl oder übel, als krank betrachtet werden.

So wie man in neuerer Zeit den Verbrecher als einen kranken Menschen bezeichnet, so muß man auch den Trunkenbold als einen solchen ansehen: sie sind beide in gewissem Sinne unzurechnungsfähig — sie sind nicht im Stande, die Tragweite ihrer Handlungen abzumessen; der eine vernichtet in der Leidenschaft einen andern, der andere sich selbst!

Der krankhafte Zustand beider wird ja denn auch von der Gesellschaft insofern anerkannt, als man den einen ins Zuchthaus, den andern schließlich ins Irrenhaus sperrt, falls sie gemeingefährlich werden. Beide sind jetzt unschädlich, ob aber das Verbrechen oder die Trunksucht damit aus der Welt geschafft wird, das ist eine andere Frage.

Schon seit tausend Jahren und darüber beschäftigt man sich zeitweise mit der Bekämpfung der Trunksucht; mit welchem Erfolg, das zeigt uns die Gegenwart. Es gibt heute kaum mehr, aber auch nicht weniger Menschen, welche der Trunksucht verfallen und somit als Kranke behandelt werden, wie ehedem. So lange berauschte Getränke hergestellt werden, wird es auch Trunkenbolde geben, ebenso wie es verheerende Feuersbrünste geben wird, so lange das Feuer jedem zur Verfügung steht. Die Vergangenheit belehrt uns zweifellos darüber. Bereits bei den alten Ägyptern, den Kreimohnern Mexikos, wurde ein stark berauschendes Getränk hergestellt — der Agavewein. Auch hier zeigten sich die Folgen der Trunkenheit oft in einer erschreckenden Weise, nicht nur bei Männern, sondern auch bei Weibern, selbst bei Kindern. Um die Mischgeistern zu bannen, wurden schon damals gewisse Maßregeln erlassen und strenge Strafen für deren Übertretung eingeführt. Die Trinktregeln (schrägen vor, wieviel von dem „göttlichen Stoff“ jeder zu sich nehmen dürfe. Personen über 30 Jahre konnten sich

z. B. bei Festlichkeiten zwei Schalen Wein leisten; Dolzhauer und Steinmehrer durften sich täglich mit zwei Schalen, Stranke oder Bejahre mit drei Schalen stärken. Frauen in einem gewissen Zustande und Greise konnten so viel nehmen wie sie wollten und waren straffrei beim Rauch. Die Trunkenbolde aber im allgemeinen wurden für ehelos erklärt und gebrandmarkt, ihr Haar wurde auf dem Markt abgehauen, ihre Häuser in der Stadt wurden ihnen zerstört. Edelleute und Krieger waren nicht mehr fähig, öffentliche Meuter zu befehlen. Schüler oder Schillerinnen der Tempelschulen erhielten beim ersten Rauch einen mehr oder minder scharfen Verweis und wurden im Wiederholungsfalle zum Tode durch Erdrosselung verurteilt.

Trotz aller dieser drakonischen Strafen hielten die Vteten mit Fähigkeit an ihrer Gewohnheit fest, d. h. sich zu betrinken. Im Jahre 1528 wandte sich die Königin von Spanien an den Bischof von Mexiko mit der Bitte, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß man wenigstens nicht den Gebrauch berauscher Pflanzen gestatte; aber die Ausschweifungen wurden zuletzt staatsgefährlich, so daß man 1692 zu dem extremen Mittel griff, den Verkauf des „Pulke“, das heißt des Agaveweins, überhaupt zu verbieten, bei hoher Geldstrafe sowie Prügel und Zwangsarbeit für jeden Übertretungsfalle. Man sah jedoch bald ein, daß es unmöglich war, den „Wein der Engel“ zu verbannen, und daß man sich beschränken müsse, das „Kranichen“ zu bewachen. (Ein „Kranichen“ haben bedeutet bei den Mexikanern soviel als bei uns einen „Affen“ haben.) Es wurde angeordnet, die „Pulquerias“, d. h. Weinkeipen, streng zu bewachen, sie durften nur einen Eingang haben, keine Tische und Bänke enthalten, mußten die Tür verschließen haben und um 6 oder 7 Uhr abends geschlossen werden. Kindern sowie Polizisten im Dienst durfte überhaupt kein Pulke verkauft werden.

Durch alle diese Beschränkungen sind aber bisher weder die „Geister des Rauchens“ verbannt, noch die Verehrung des „Weingottes“ verringert worden. So wenig wie Abstinenzmaßnahmen das Auftreten der Pest verhindern, so wenig haben die gewaltigen Bekämpfungen des Lasters der Trunkenheit bisher große Erfolge erzielt. Auch in den Vereinigten Staaten Nordamerikas hat man wohl hier und da schon ähnliche Maßnahmen ergriffen, um der Trunksucht zu steuern, leider mit kaum besserem Erfolg als bei den Ägyptern usw. Man hat es höchstens erreicht, daß der Schauplatz der Trunkelage aus der öffentlichen Kneipe in die Privathauslichkeit verlegt wurde; man hat wohl die Kneipe zugebedeckt, aber nicht die Quellen verstopft. Das ist es ja eben, daß wir noch immer gewohnt sind, an dem Symptom „berauschdoftern“, ohne die Ursachen aus dem Wege zu räumen. Schon Goethe sagt hierüber in seinen „Wahlverwandtschaften“ bei einer Gelegenheit: „Viele verwechseln gar die Mittel und den Zweck, erfreuen sich an jenen, ohne diesen im Auge zu behalten. Jedes Uebel soll an der Stelle geholt werden, wo es zum Vorschein kommt, und man bekümmert sich nicht um jenen Punkt, wo es eigentlich seinen Ursprung nimmt, woher es wirkt.“

Auch die Trunksucht ist ein solches Uebel, deren Ursprung auf tiefer liegende Ursachen zurückzuführen ist; sie ist der Auswuchs einer uralten Sünde der Menschen, sich zeitweise in einen traumhaften Zustand des Vergessens zu versetzen. In den verschiedenen Rauchmitteln fanden denn auch die Menschen die Stoffe, welche, zu Getränken hergerichtet, den Wässern des Leibestromes gleich betäuben und damit Vergessen bewirken. Alkohol, so alt wie das Menschengeschlecht ist, aber auch das Schonen und Streben nach einem Zustand, in dem man losgelöst von irdischem Leid und Weh, träumt von einer besseren Zukunft, von paradiesischen Zuständen. Aus dieser Ursache erklärt sich denn auch die Trunksucht früherer Zeiten, und noch bis auf den heutigen Tag ist die Sünde der Menschen, sich zu berauschen, die Ursache jener Krankheit geworden, die wir als Trunksucht bezeichnen. Der Schweizer Statistiker Dr. Mummert nimmt an, daß man z. B. in den Vereinigten Staaten nicht trinkt, um zu trinken, sondern um sich zu berauschen; er nimmt ferner an, daß diese Gewohnheit auch in England immer mehr Fortschritte macht, indem die Gewohnheit überhand nimmt, große Quantitäten Bier sowohl als Schnaps schnell und häufig hinunter zu stürzen und daß infolgedessen dort die Forderung der gänzlichen Enthaltensamkeit an die Stelle gewisser Mäßigkeitsbestrebungen getreten ist.

Wären die Ursachen, welche zum übermäßigen Bier- und Schnapsgeuß anreizen, aber sein, welche sie wollen, eine gewisse Sünde oder Unsitte fördere denselben ganz bedenkend, es ist dies das gegenwärtige Traktieren. Selten treffen z. B. Amerikaner am Schenktisch zusammen, ohne daß der eine des andern Getränke bezahlen will, worauf der andere sich dann natürlich auch nicht lumpen läßt und so fort.

Dieselbe schlimme Gewohnheit besteht unter den schwedischen Arbeitern. Kameraden trinken dort in der Schenke nicht gemeinsam und zwar so, daß jeder die übrigen frei-

hält. Je mehr Bergweissen also einer hat, desto mehr muß er tagüber trinken, in desto größerer Gefahr ist er, betrunken und mit der Zeit ein Säuer zu werden. In Frankreich kommt diese Unsitte unter dem Namen "Tournee" gleichfalls häufig vor.

Aber auch hier zu Lande, namentlich in den Großstädten, den Universitäts- und Industrieorten macht sich die Geisteskrankheit, sich gegenseitig zu traktieren und zum Trinken zu animieren, immer mehr geltend; wer nicht gerade unhöflich sein will, kann sich dem oft kaum entziehen. Gerade aber durch diese ansehnlich höfliche Sitte wird der Gang zum übermäßigen Genuß geistiger Getränke, zum Mißbrauch erhöht.

Der Prager Universitätsprofessor Dr. Sneype führte auf dem Bremer Kongress u. a. folgendes aus: "Aleine haben Alkohol als Arzneimittel werden, individuell betrachtet, keine anderen schädigenden Wirkungen haben als andere Arzneimittel, wie Tee, Kaffee usw."

Jeder Mensch, der sich der Reiz- und Genußmittel bedient, hat Ursache, damit äußerst vorsichtig zu sein, wie mit dem Feuer. Der Mißbrauch des Feuers hat unbedingt schon ebensoviele Unheil in der Welt angerichtet, als wie der Mißbrauch geistiger Getränke, wir mögen aber dennoch das Feuer nicht missen. Das Feuer in der Hand eines Kränzligen ist nicht minder gefährlich, als das geistliche Glas in der Hand des Trunkfüchtigen. Damit wird aber durchaus nichts erreicht, daß man die Feuer verlöscht und den Wein verichüttet, sondern man muß die Menschen über die Folgen des Mißbrauchs aufklären.

## Der Stand des wirtschaftlichen Kampfes.

(Vom 2. bis 15. Februar.)

Wie sehr ernstlicher Wille und Energie zu schönen Erfolgen für die Arbeiter führen können, hat sich vor einigen Tagen an einem kleinen Beispiel in Darmen gezeigt. Dort wollten die Barbierherren, Friseur usw. die Preise für's Rasieren erhöhen. Sofort nahmen die organisierten Gehilfen die Gelegenheit wahr und forderten, an dem zu erhebenden Gewinn zu partizipieren. Da sie einzig waren, drangen sie glänzend durch: Sie erhielten den geforderten Wochenlohn von 9 M., Freigabe sämtlicher zweiten Feiertage, Ladenschluß (Sonntags) 2 Uhr usw. Außerdem mußten die Meister die Organisation ausdrücklich anerkennen und sich ferner verpflichten, die Unorganisierten zum Eintritt in den Verband anzuhelfen! Als Gegenleistung verpflichteten sich die Gehilfen, nur dort zu arbeiten, wo die Preise durch die Meister erhöht worden sind. — Dieses erfreuliche Beispiel reizt geradezu zur Nachahmung. Es zeigt, daß sich auch im Kleinen viel erringen läßt, wenn man Herr der Situation ist!

Weniger glücklich waren die Spinner in Liebschowitz b. Gera, die ihren Kampf nach zweiwöchentlicher Dauer ebenso erfolglos ausgeben mußten wie ihre Kollegen in Crimmitschau. Allein sie haben sich tapfer gehalten. Von 137 Ausgesperrten fanden sich kaum drei Streikbrecher. Und unter Gendarmen und behördlichen Chibanten hatten sie ebenso sehr zu leiden wie die Crimmitschauer. Damit werden die organisierten Arbeiter künftig mehr und mehr rechnen müssen: Kapital, Pfaffen- und Unternehmern zu gehören zusammen!

Der Kampf der Schneider dauert nun auch schon zehn Wochen. Aber weder in Mannheim, noch in Jena, Weimar oder Elberfeld lassen sich die Gehilfen den berechtigten Arbeitsvertrag aufzwingen. Die Schafmacher operieren mit Arbeitswilligen und Gendarmen. Alles umsonst. In Leipzig prallte ihr Vorhaben an der Geschlossenheit der Gehilfen glatt ab. In Magdeburg wurden die Verhandlungen abgebrochen, während sie in Stuttgart und Stendal andauern. In Elberfeld und Köln schlichtete das Gewerbegericht den Streit. In Pant und Wilhelmshaven schloß nach 23 Wochen (!) die Aussperrung mit einem Vergleich. In Mannheim wurden die Verhandlungen abgebrochen, weil die Meister nicht erschienen. (Sie „mußten“ nämlich zum — Karneval!)

Der Kampf der Bergarbeiter in Oberhausen, wo man ihnen die Arbeitszeit verlängern wollte, ist inzwischen beigelegt. Die Arbeiter errangen — die Christlichen und Hirsch-Dunderschen taten ausnahmsweise alle mit — einen vollen Sieg. Im Streit standen 2400 Mann drei Tage lang. So muß gekämpft werden: kurze und plötzliche Streiks oder gar keine! Das ist das Geheimnis der Erfolge!

Auch die Bantischer in Berlin errangen in wenigen Tagen schöne Erfolge: 128 Firmen mit 780 Arbeitern unterschrieben die Forderungen am zweiten Tag des Streiks. Ebenso die 160 Tischler bei Schäfer Söhne in Schkeuditz. Sie forderten und erhielten 10 Stunden Arbeitszeit, Lohnerhöhung und bessere Behandlung.

In Regen i. B. streiken seit 14 Tagen die optischen Arbeiter wegen einer rigorosen Zuchtungsordnung, worin man ihnen u. a. jede Neuzerung (!) gegen die Religion und die heilige Staatsordnung bei Strafe sofortiger Entlassung verbot! (Das wäre so ein Krampf. Mit einer Arbeitsordnung die unangenehme Kritik, die ganzen Sozi, aus der Welt zu schaffen!) Trotz der unermesslichen Gendarmerei (oder wegen?) halten die Arbeiter fest zusammen. — Auch in Rathenow dauert der Streik (wegen Lohnfragen) an.

Die Steinarbeiter in Berlin können ihre Forderungen: Erhöhung des Stundenlohnes von 70 auf 75 s., Einhaltung des Tarifs von 1900 usw. nur dann durchdrücken, wenn sie zugleich ihren Kollegen in Schlesien bewilligt werden. Andernfalls wird dort Berliner Arbeit verrichtet. In Altenhagen wurden 16 Mann entlassen, weil sie — horribile dicta! — Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften verlangten. Diese Frevel!

Ein schönes Zeichen fortschreitender Erwachung der Arbeiter ist, daß sich sogar die Hühnerarbeiter in den Orten an der Nordsee anschiden, ihre elenden Lohnverhältnisse auszubessern, ebenso die Maler-Arbeitsleute in Hamburg. Es donnert eben überall! — In Zwenkau erreichten 100 Schafmacher der Firma Ent in drei Tagen den Forderungstag und eine Lohnerhöhung. In Wetzlar lehnte die Jannung einstweilen ihre Forderungen ab.

Die Buchbinder in Nürnberg (Firma Spear) stehen auch immer noch, Moral wegen Lohnabzüge und Maßregeln im Streit. In Braunauweilg erreichten sie mit einer kleinen Lohnaufbesserung, während sie in Mannheim mit den Meistern einen drei Jahre dauernden Tarif abschlossen, der ihnen 18-25 M. Lohn, 20% Prozent für Ueberstunden und neunstündige Arbeitszeit bietet. In Mainz, Weibern, Heideberg und Pöhlitz lauern Lehrlinge jedoch die Meister

denselben Tarif ab, angeblich weil dort die Lebensmittel

billiger (?) seien! — Die Maler und Lackierer Deutschlands werden voranschreitend in den Kampf getrieben, weil die Arbeitgeber Steuerbefreiung und Zuchtungsordnungen einzuführen planen. Auch die Dachdeckermeister Deutschlands gründeten in Magdeburg einen Schafmacherverband, wobei der Hauptproklamant wurde: „Vor größeren Ausperrungen darf nicht zurückgeschreckt werden!“ — In Erfurt und Neuhaldensleben sind bereits Differenzen ausgebrochen.

In Hannover wurden 33 Sattler entlassen, weil sie — diese Frevel! — sich das Koalitionsrecht nicht nehmen lassen wollten! Aus demselben Grunde stehen in Schlierbach die Steinarbeiter seit 18 Wochen im Kampfe! In Hamburg haben die Leitergerüstarbeiter ihren Tarif gekündigt. Eine Firma bot ihnen 1 M. pro Stunde, wenn sie aus dem Verbands antraten! Aber sie blüht mit dieser Annahme ab. Bravo! — Die Lithographen und Steinbrucker stehen in der Tarifrevision. Sie fordern acht- resp. neunstündige Arbeitszeit, 25 M. Minimallohn usw. — Die Brauer in Nordhausen fordern 20 M. Anfangslohn, Bezahlung der Ueberstunden, der du jour, Freigabe des 1. Mai usw. — Die Köstschleifer in Wetzmann (Mhd.) erreichten durch ihre Einigkeit Erhöhung der Tariflöhne, Anerkennung des Abeiteraussschusses und Zurücknahme der Maßregelung eines Kollegen. — Die Geistlichen im Elsaß stehen in der Lohnbewegung. Sie fordern vom 65. Jahre ab ein Ruhegehalt von 1600 M. und eine Leibrente für ihre — Wöchin. M. s.

## Lehrlingszücherei.

Dr. Westphal, der neue Mann des neu errichteten Zentralarbeitsnachweises des Germaniaverbandes, fühlt sich genötigt, seinen Brotagern den Beweis zu erbringen, daß er kein hohes Gehalt vom Germaniaverbande nicht umsonst bezieht und er zieht in einer Schimpfepistel gehörig vom Leder, welcher Reichzettel nun natürlich die Kunde machen wird durch sämtliche 19 deutschsprachigen Innungsblätter.

Wo es dem guten Mann an der nötigen Kenntnis unserer Berufsverhältnisse fehlt — wir möchten ihm raten, zur Vervollständigung seines geringen praktischen Wissens einmal einen dreijährigen Lehrlingskurs in der Bäckerei durchzumachen und er würde bald wesentlich andere Ansichten über die Bäckereiverhältnisse herausfinden, als er das jetzt nach seiner Kenntnis nur vom Hörensagen oder die er aus einigen alten Schmödern gewonnen hat, tut — da nimmt er den Mund gehörig voll und schimpft auf unser Fachblatt wie ein Rohrpaß! Dabei verrät er auch, daß er den Doktorhut nicht umsonst führt und schmückt sein sonst ziemlich nichtslagendes Geschwätz mit einigen fremdsprachlichen Brocken aus. Na ja, dieses Vergnügen wollen wir ihm schon lassen, sich auf diese Weise bei den Machern der biedern Bäckerei gut einzuführen und es zeigt uns, daß diese Innungsmacher ihren Mann gefunden, wie sie ihn sich wünscheten.

Der Artikel über „Die Lehrlingszücherei in unserem Berufe“ in Nr. 5 d. Bl. ist es, der den Herren so über die Waagen in die Wölle gebracht hat und mit Kraftausdrücken, wie „melodramatischen Ton“, „traurige Stilistik“, „Verworrenheit seiner Gedanken“, „Unsinn“ und ähnlichem geht vor sich. Wir sind natürlich sehr geneigt, die Unwissenheit in der „genossenschaftlichen Bildung“ beweisen! Wir wollen auch dem Herrn den Gefallen tun, sich in derlei Kraftausdrücken weiter in seiner ganzen großen Würde zu zeigen; deshalb übergehen wir den ersten Teil seines Geschreibels und wollen nur einige Worte über dessen zweiten Teil sagen. Dort will der Mann „ein paar prinzipielle Bemerkungen über die Frage der Lehrlingszücherei anfügen“ und diese lauten wörtlich: „Natürlich bekämpfen wir das Halten einer übermäßig großen Anzahl von Lehrlingen, wie jeder, der es mit seinem Gewerbe gut meint. Aber man erbringe uns den Beweis, daß im Bäckereihandwerk im ganzen wirklich unverhältnismäßig viel Lehrlinge gehalten werden. Die bloße Lebensart von der Lehrlingszücherei, mit der man solange hauffieren gegangen ist, kann keinen Beweis erzeihen. Die Statistik der in den Innungen des Verbandes gehaltenen Lehrlinge lehrt jedenfalls etwas ganz anderes. Und selbst wenn man hier und da einen Meister findet, der drei Lehrlinge beschäftigt, braucht noch keineswegs Lehrlingszücherei vorzuliegen. Denn nicht darauf kommt es an, daß schablonenmäßig die Zahl der Lehrlinge festgelegt wird, sondern doch, daß der Lehrlinge etwas lernt. Mancher Meister aber ist durchaus imstande, seine drei Lehrlinge hinreichend auszubilden. Schließendlich aber, was nötigt den Meister denn meist zu der undankbaren Aufgabe, mehrere Lehrlinge zu halten? Einfach die Unmöglichkeit, genügend Gehilfen zu bekommen. Die „Deutsche Bäcker-Zeitung“ zwar erzählt in weinerlichem Ton von den Tausenden, die in den Wintermonaten die Herbergen der Großstadt füllen und hungernd und frierend die Landstraßen kreuzen; aber sie sagt nicht, daß in kleineren und mittleren Städten Tausende von Meistern herzlich gern Gehilfen einstellen würden, wenn diese nur in kleineren Orten arbeiten wollten. Deshalb aber macht das offizielle Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsangehörigen, das ja mit so rührendem Eifer um das Wohl des Handwerks besorgt ist, nicht auf jene Anzahl unbefetzter Stellen aufmerksam? Das und also die „prinzipiellen Bemerkungen“ des Herrn Dr. Westphal! Ein paar inhaltslose Phrasen, durch keinerlei Sachkenntnis getrübt! — Er beginnt „Natürlich bekämpfen wir das Halten einer übermäßig großen Zahl von Lehrlingen.“ Unter dem „wir“ kann doch nur der Germaniaverband verstanden werden und wo hat der schon einmal Miene gemacht, das Halten einer übermäßig großen Zahl von Lehrlingen zu bekämpfen? Dafür möchten wir Beweise sehen, denn von solchem Wirken des Germaniaverbandes ist uns noch nichts bekannt geworden, obgleich wir bald zwei Jahrzehnte dessen Wirken genau beobachteten.

Der Herr will den Beweis haben, daß „im Bäckereihandwerk im ganzen wirklich unverhältnismäßig viel Lehrlinge gehalten werden.“ Nun da mag er seine Rate in die Zahlen der Berufszählung vom Jahre 1895 heften oder „Das Kleingewerbe“ von Dr. Schomerus nachschlagen und dann wird er nicht mehr dagegen streiten, daß im Bäckergewerbe unverhältnismäßig viel Lehrlinge gezüchtet werden, oder doch?

Die Zahl der Lehrlinge hat sich aber seit dem Jahre 1895 proportional zur Zahl der im Berufe beschäftigten Gehilfen nicht verringert, sondern ganz bedeutend vermehrt, was auch für einen Dr. Westphal nach den Veröffentlichungen der größeren Innungen leicht auszurechnen möglich wäre. Wir haben keine Ursache, ihm unsere diesbezügliche Zusammenstellung unter die Nase zu halten, denn ihm liegt ja das „reichhaltige“ Innungsmaterial zur Verfügung.

Aber schön nimmt sich es aus, wenn uns der Herr, jedenfalls auf Grund seiner „reichen Erfahrungen“ erzählen will, daß in kleineren und mittleren Städten Tausende von Meistern herzlich gern Gehilfen einstellen, wenn diese nur in kleineren Orten arbeiten wollten.“ Wenn der Zentralarbeitsnachweis des Germaniaverbandes nicht imstande ist, diese „Anzahl unbefetzter Stellen“ mit Arbeitskräften zu versehen, so mag man uns diese Stellen bekannt geben und wir sind erbötig, diese alle mit Arbeitskräften zu besetzen, d. h. vorausgesetzt, daß auch diese von Arbeitskräften verheimlichten Bäckermeister den Gehilfen freie Fahrt, anständige Behandlung und Bezahlung garantieren, unter welcher die Gehilfen als Menschen leben können. Wird diese Bedingung erfüllt, dann wird auch Herr Dr. Westphal bald einsehen, daß die „Anzahl unbefetzter Stellen“ nur in seiner Phantasie existiert haben.

Wenn der Herr aber in seinem Schlußsatz meint, wir fürchten nur „für die Organisation, für den Verband“, dann ist er damit auf dem Holzwege, denn unsere Organisation wünscht sich wahrlich keine besseren Agitatoren, wie die Innungsmacher, die mit Phrasen, Verleumdungen, Entrechtung und Unterdrückung jedem ehrlich denkenden Bäckergehilfen es förmlich einbläuen, daß er von jener Seite nichts, gar nichts zu erwarten hat und es dieserhalb seine dringendste Pflicht ist, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen! Und wenn Herr Dr. Westphal sich in der bisherigen Weise weiter entwickelt, dann heißen wir ihn als neuen erfolgreichen Agitator für unsern Verband herzlich willkommen!

## Zur Agitation.

Wo die Verhältnisse die schlechtesten, da ist auch bekanntlich die Aufklärungsarbeit unter den indifferenten Kollegen am schwersten zu bewerkstelligen! Dies kann man besonders von Mitteldeutschland und insbesondere den kleineren Städten sagen. Liegt da unweit Magdeburg ein kleines Städtchen namens Schönebeck. Dortselbst besteht seit etwa einem Jahre eine kleine Zahlstelle unseres Verbandes und versuchten schon des öfteren die organisierten Kollegen, daselbst durch Versammlungen den indifferenten Kollegen näherzutreten, doch war der Besuch derselben in Folge der Gegenagitation des Vorstandes der „Brüderlichkeit Germania“ insbesondere des Meistersöhndens Biebschle immer nur ein recht mangelhafter. Es nimmt ja auch nicht wunder, wenn man bedenkt, daß ein sehr großer Teil der Gehilfen aus Bäckermeisterjüngern besteht. Ist dann einmal eine Versammlung, so ist über diese dann seitens der letzteren immer Kontrolle und wehe dem, der es von den übrigen Gehilfen wagen wollte, diese zu besuchen, der würde in Acht und Bann erklärt. Der Macher der ganzen Gegenagitation ist, wie schon erwähnt, das Söhnchen Biebschle. Dieser hat ja nun allen Grund, die Gehilfen soviel wie möglich in der Dummheit zu erhalten, denn, wie er seinem Vater schon geäußert, möchte er nun auch halb Meister werden. Einem zurückgebliebenen Gehilfen kann er dann aber mehr bieten, als einem vorgeschrittenen, auch stellt ersterer nicht so hohe Ansprüche an Leben. Einen guten Lehrherrn hat dieser Biebschle in seinem Vater. Dieser versteht es ausgezeichnet, Lehrlinge auszubilden. Vor längerer Zeit traf Kollege Sch. einen dieser Bedauernswerten noch nachmittags gegen 3 Uhr beim Brotanstragen. Auf Befragen gab dieser an, schon seit 1 1/2 Uhr nachts bei einem Lehrlinge (Sch.) zu sein. Dieser Lehrlinge gegenüber: „Er wird es doch nicht anzeigen, ich habe noch lange nicht alles gesagt.“ Der betreffende Kollege hat es versäumt, den famosen Meister zur Anzeige zu bringen, was ihn jetzt schon gereut, zumal sich der Junior das fleißigste Benehmen gegen die Organisierten herausnimmt. So nahm er einen der Lehrlinge seines Vaters den Fragebogen, den dieser samt Couvert und Marke zum Ausfüllen erhalten hatte, fort, schrieb seinen Namen als Absender auf das Couvert und schickte dies leer an die schon darauffestehende Adresse. — Ueberarbeit scheint in diesem Orte an der Tagesordnung zu sein, denn noch gegen 4 Uhr und auch später trifft man nicht selten Lehrlinge beim Brotanstragen beschäftigt. Aber doch fühlt sich der Herr Polizeikommissar zurückgesetzt, wenn man bei einer Anzeige gleich den Staatsanwalt in Anspruch nimmt und nicht erst bei ihm einmal vorpricht. Wenn es der Herr Kommissar ernst mit der Abschaffung von Uebelständen nehme, so brauchte er auf eine Denunziation nicht erst zu warten, sondern brauchte nur seine ihm unterstellten Beamten anzuweisen, auf die nachmittags noch mit dem Ausstragen beschäftigten Lehrlinge zu achten. Es verginge kein Tag, wo nicht eine Gehebesüßbretterung konstatiert werden könne. Ein Kollege, welcher angetroffen wurde, als er nachmittags gegen 3 Uhr vom Söhnchen des Meisters fortgeschickt war, einen Brief an seine Adresse zu befördern (ungefähr eine Viertelstunde weit) und für den Meister Tinte zu holen, gab an, daß er nach 12 Uhr anfangs. Wenn er mittags fertig sei, müsse er bis gegen 4 Uhr (manchmal auch länger) Brot fahren. Ein andermal wurde derselbe Kollege, nachdem er seine Brotkunden besorgt hatte, getroffen. Er hatte einen Henkeltopf in der Hand, in der anderen im Suche etwas eingewickelt. Auf die Frage: „Na, noch nicht Feierabend?“ erwiderte er, daß er bis jetzt Brot gefahren habe und nun noch einmal los müsse zu den Kunden „Wurstsuppe“ zutragen. Bei all der Gutwilligkeit des Kollegen muß sich dieser doch eine Behandlung gefallen lassen, die man nicht einmal einem Tier zukommen läßt. Würde er es einmal wagen, gegen den Herrn Sohn sich zu verantworten, so fährt ihn dieser an: „Sie halten die „Schwauze“, Sie haben gar nichts zu sagen“, trotzdem letzterer nicht viel älter ist wie der Geselle. Das regelmäßige Frühstück war bisher vor Weihnachten „Schmalzstulle“. Dann gab es ja auch mal Wurst. Wie es nach Weihnachten ist, ist nicht bekannt. Mittag gibt es mit am Tisch des Meisters. Eines Mittags hatten alle Fleisch, nur für den Gehilfen hatte es nicht hingereicht, dieser hatte ja auch von der „Schmalzstulle“ noch Fett genug. Die gute Frau Meisterin suchte den Gesellen damit zu trösten, daß er dafür morgen Fleisch bekomme! Diese „überaus gute“ und reichliche Kost rechnet die Frau Meisterin „nur“ mit 14 M. an, erklärte der Sohn dem Gehilfen. — Seitdem der hiesige Konsum-Verein eine eigene Bäckerei errichtet, sind fast alle Bäckermeister bis zu zehn Brennöfen mit dem Brotpreise herunter gegangen ohne das Brot leichter zu wiegen, ja es liehe haben sogar noch am Gewicht zugelegt. Ein Gehilfe erklärte, daß sein Meister, solange der Konsum selbst backt, so drücken, das Brot 10 s. billiger verkaufe und es sogar noch ein halb Pfund schwerer wiege. Sie hätten täglich 50 Brote zu backen. Also hat der Meister jetzt an den dienst täglich über 5 M. weniger und doch sagten wir früher die Meister, sie könnten den Gehilfen nicht mehr Lohn geben und auch nicht größer backen. Nun aber...

leistungsfähige Konkurrenz da ist, muß man sich schon zu dem letzteren bequemen und man besteht auch. Doch wie es scheint, versucht man schon wieder vom Gewicht abzugeben, da der Konsum nicht leicht gehen will. — Die dortigen Gehilfen sollten aber aus angeführtem lernen, daß sie nicht im Vereinigungsverein ihre Interessen gewahrt finden, in dem Meisterstöhne die Geschäfte leiten und Meister zu Ehrenmitgliedern ernannt werden, um einmal bei Vereinigungen „ein Votum“ zu spenden, sondern in einem Verein, der von gleichgesinnten Gefellen geleitet wird und der sich über ganz Deutschland erstreckt und von dem man auch im gegebenen Falle einmal etwas verlangen kann. Dies ist der Verband der Bäcker. — Das konsumierende Volk sollte aber erkennen, daß es früher von den Bäckermeistern aus ärgste betrogen ist und daß dies nur durch den Konsumverein besser geworden ist, es darum auch seine Pflicht ist, diesem beizutreten.

W. Sch.

### Aus unserer Berufe.

Zur Tarifbewegung in München (Der jetzt gültige Lohnvertrag läuft am 1. Juni ds. Jrs. ab) bringt die „Bäckerzeitung“ folgenden Bericht von der Innungsversammlung am 5. Februar, in welcher diese Frage mit zur Beratung stand:

„Ueber Punkt 10, „Gehilfenbewegung“, referiert Vorsitzender Schöfer und führte aus, daß zu dieser Angelegenheit auch die Gehilfenvertreter erschienen seien. Im Vorstand war man sich im Zweifel, ob man diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen oder eigene Versammlung einberufen solle. Nachdem aber die Gehilfen sich schon mit den Vorarbeiten beschäftigten, hielt man es für angebracht, heute im Allgemeinen über die Sache zu sprechen. Nachdem die sog. Regierung die Wünsche der Regierung nicht erfüllte und die vor zwei Jahren abgeschlossene Vereinbarung neuer zu Ende geht, scheint es als begründlich, daß die Gehilfen dieses Jahr das Einigungsamt wieder anrufen, was nach dieser Vereinbarung am 1. Mai geschehen kann. Es steht aber auch nichts dagegen, wenn sich einer der Vertragsparteien schon früher dazu entschließt. Die Gehilfen haben nun bereits fünf Versammlungen abgehalten und beschlossen, die Vereinbarung zu kündigen und das Einigungsamt anzurufen. Alle Anzeichen für eine kommende Bewegung seien vorhanden, der Verband habe an Mitgliedern bedeutend zugenommen und auf der Herberge sei es schon an zwei Abenden vorgekommen, daß Gehilfen nicht zu bewegen waren, an die Arbeit zu gehen. Dies alles erweise uns wichtig genug und müsse uns veranlassen, stets auf den Füßen zu sein und auch unsererseits vorzuarbeiten. Jeder für sich kann am wirksamsten selbst vorarbeiten, jeder kann sich an kleinen Orten um geeignete Leute sehen und die Innung selbst wird nichts veräumen. Gewiß wollen auch wir wünschen und hoffen, daß wir uns am Einigungsamt wieder zusammenfinden. Aber die Innung allein kann hier nicht helfen und müßte daher die Schwäche der Meister zurücktreten. Der Zentral-Arbeitsnachweis wird uns ja gleichfalls unterstützen. In der Vorstandssitzung wurde vom Mitgliedschaftsbericht darauf geachtet, daß auch mit dem Verband verhandelt werden solle und sei darauf eine Rücksprache mit der Behörde angebahnt worden. Das Ergebnis war, daß hier nichts entgegenstehe. Seine Meinung wäre, daß man auch den Verband hören solle, in erster Linie aber den Gehilfenauschuss. Der Verband „müßte“ dann auch Rücksicht nehmen, daß die schlechten Elemente nicht geduldet werden und nicht nur gegen die Meister gehen und diese demütigen. Dann sei es auch Tatsache, daß jene, die als Gehilfen die größten Schreier waren, wenn sie einmal selbstständig werden, nicht die besten Meister sind. Die älteren Gehilfen hätten die Verpflichtung, auf die jüngeren moralisch einzuwirken. Auch werde von den Gehilfen über die Vermehrung der Lehrlinge geklagt. 1899 hatten wir 87 Lehrlinge und heute haben wir über 300. Die Schuld tragen aber die Gehilfen selbst, denn jeder Meister weiß, daß er im Notfall mit einem Lehrling noch fortarbeiten kann, denn nicht der Gedanke, an Lohn einzulippen, wirke hier. Im Arbeitsnachweis mache man die Erfahrung, daß Niemand in den Provinzstädten arbeiten will und bleibe den Meistern dort auch nichts anderes übrig, als Lehrlinge zu nehmen. Die Gehilfen würden also gut tun, den Vogen nicht zu straff zu spannen.

Der Altgeselle, Herr Janker, führt aus, daß wenn, wie bereits gesagt, die Vereinbarung ablaufe, es doch selbstverständlich erweise, daß die Gehilfen dafür sorgen, daß sich die Verhältnisse für sie nicht verschlechtern und sich rufen, damit sie wieder geordnete Verhältnisse bekommen. Daß das jetzige Verhältnis nicht entprochen habe, habe seinen Grund darin, daß die Vereinbarung nur mit dem Gehilfenauschuss und nicht auch mit dem Verbands abgegeschlossen wurde, und gerade der Verband allein hätte die nötigen Mittel zur Durchführung gehabt. Bedauerlich sei, daß auch die Regierung die drei freien Tage abgewiesen habe. Eine Ueberrumpelung wie 1899 scheine als ausgeschlossen, denn die Gehilfen wissen, daß sie die Verpflichtung haben, zu kündigen, und wenn auch die Innung die Hand zum Frieden biete, denn auch die Gehilfen wollen den Frieden, wenn mit dem Gehilfenauschuss und dem Verbands ein Abkommen getroffen werde, dann werde dieser auch dafür eintreten. Auch die Gehilfen wissen, daß es für beide Teile nicht von Vorteil sei, wenn sich Meister und Gehilfen in den Haaren liegen. Das einzig Richtige wäre unstrittig ein Tarif, an dem beide Teile gebunden wären. Das schönste Beispiel sehe man bei dem Buchdruckergerwerbe, dort werde die Tarifgemeinschaft zur allseitigen Verriedung gehandhabt. (Redner verweist auf einen Zeitungsartikel über die Tarifgemeinschaften und verliest denselben teilweise.) Wohl komme es auch vor, daß Meister Gehilfen erlassen, wenn sie von einer Lohnbewegung hören; dieses sei wohl nicht am Plage und mache nur böses Blut. Nachmals möge betont sein, die Gehilfen wollen nur feste und geordnete Verhältnisse schaffen und wenn eine Vereinbarung auch mit dem Verbands zu Stande komme, der auch die Mittel zur Durchführung habe, dann könne auch dafür gesorgt werden.

Herr Schöfer betont, daß heute wohl ein Beschluß oder verbindende Erklärung gegenüber dem Verbands nicht gegeben werden könne, da wir erst sehen müßten, wie der Verband gegen uns aufträte. Gewiß würden wir zeigen, daß wir auch eine Korporation seien, mit der man reden könne; doch werde sich auch zeigen, inwiefern die Gehilfen mit sich reden lassen. Von dem bereits genannten je auf 14 Tage fallenden freien Tag könne gar keine Rede sein, dies sei für uns undisziplinierbar. Viele Gehilfen gebe es, die ihren Lohn nicht verdienen, und da sei es Pflicht, auch des Altgesellen, dahin zu wirken, daß dieses mehr und mehr verschwindet; es ist den Leuten einfach zu sagen: „Du bist noch nicht soweit, um bei uns eintreten zu können“. Wenn es einmal so weit wäre, wäre ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Wie den Kollegen vielleicht bekannt sei, haben die

Gehilfen in der letzten Zeit Fragebogen zur Feststellung der Verhältnisse in den Bäckereien ausgegeben. Daß dieses nur ein einseitiges Material geben könne, liege auf der Hand, da dasselbe nur von den Gehilfen allein geliefert werde. Und doch werde dasselbe wieder gegen die Meister ausgespielt werden. Seine persönliche Meinung wäre die, daß es das allein Richtige wäre, wenn derartige Feststellungen von Meister und Gehilfen gemeinsam, vielleicht im Beisein einer Amstperion gemacht würden; dieses allein würde ein zuverlässiges und sicheres Material ergeben. Seine Erfahrung sei, daß wir uns keineswegs zu schämen brauchen und unsere Verhältnisse bessere seien als die Hollands, Belgiens und Frankreichs. Gewiß werden wir gerne die Hand zum Frieden bieten, es komme nur darauf an, inwiefern man mit den Gehilfen reden kann, aber vorläufig müssen wir uns rüsten, da nur die Innung allein uns zum Frieden verhelfen könne.

Nach einigen persönlichen Eingriffen des Herrn Roth, die vom Vorsitzenden prompt zurückgewiesen wurden, wird dieser Gegenstand, nachdem sich Niemand mehr zum Wort meldet, verlassen.

In den Auslassungen des Herrn Schöfer betr. unserer Fragebogen, wollen wir nur bemerken, daß wir ganz mit ihm einverstanden sind, wenn Feststellungen über die Verhältnisse in den Bäckereien, desgleichen auch die Kontrolle der Bäckereien gemeinsam von einem Beamten, einem Vertreter der Meister und einem solchen der Gefellen vorgenommen werden und haben das noch stets gefordert, aber gerade davon wollten die Herren Innungsmeister ebenso wenig was wissen, wie die Behörde!

Zur Sonntagsruhe in den Bäckereien am Niederrhein: Die Handelskammer Düsseldorf, die sich schon seit längerer Zeit mit der Frage der Sonntagsruhe im Bäckergewerbe beschäftigt hat, hatte zur Beratung dieses Gegenstandes eine aus Bäckermeistern ihres Bezirks bestehende Kommission gebildet, die nunmehr zu folgendem Beschlusse gelangt ist: „Die von der Handelskammer einberufene, aus den Vertretern der Städte Düsseldorf, Greifeld, M. Gladbach, Essen, Duisburg, Eibersfeld und Barmen gebildete Kommission von Bäckermeistern zur Beratung über die Einführung der Sonntagsruhe im Bäckergewerbe spricht sich grundsätzlich dahin aus, daß es sich empfehle, gesehlich die Sonntagsruhe einzuführen; doch sei die Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe im Bäckergewerbe nicht durchführbar, wenn die Bestimmungen der Bundesrats-Verordnung vom März 1896 in der jetzt vorliegenden Form beachtet werden müssen. Es sei deshalb geboten, die Bestimmungen dahin abzuändern, daß da, wo die Sonntagsruhe eingeführt ist, die siebente Schicht auf die beiden letzten Tage der Woche nach dem Ermeissen des Betriebsinhabers verteilt werden könne unter Gewährung einer angemessenen Mindestruhezeit. Ferner müsse auch den Konditoren die Sonntagsarbeit in Backwaren verboten sein, freigestellt soll diesen die Herstellung von Eis, Creme und leicht verderblichen Waren sein, die unmittelbar vor dem Genuß hergestellt werden müssen.“

Also für die Sonntagsruhe sollen unsere Kollegen an den letzten zwei Tagen der Woche je 6 Stunden länger arbeiten, damit von dem heiligen Profit den Herren Innungsmeistern ja kein Profit verloren geht! Und nach einer 36stündigen Schicht immerhalb 48 Stunden winkt dann den Gehilfen die „Sonntagsruhe“, wo sie ihre zerschundenen Glieder ausruhen sollen! Es sind sonderbare „Wohltäter“, diese Herren Innungsmeister!

In der am 11. Februar in der Wahl des Gehilfenauschusses statt, bei der zum ersten Male unsere Mitglieder die Majorität erlangten und wurden die vier Kandidaten des Verbandes in den Ausschuss, die Unorganisierten nur als Ersatzleute gewählt.

Die Sperre über die Bäckerei Klein in Harburg (Herr Klein hat die Forderungen der Organisation bewilligt und ist die Sperre bereits aufgehoben.) gab dem Staatsanwalt Gelegenheit, gegen die Redakteure des „Harburger Volksblatt“ wegen groben Unfugs einzuschreiten, welchen Versuch das Gericht abgelehnt hat. Der ablehrende Gerichtsbeschluss, der mit guter Logik begründet ist und eine recht vernünftige Rechtsauffassung zum Ausdruck bringt, ist nicht ohne Interesse zu lesen:

Der Antrag der kgl. Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen

1. den Redakteur Otto Niedlinger in Harburg,
  2. den Redakteur Otto Nüble in Harburg,
  3. den Schloffer August Reilwitz in Reihersstieg
- wegen groben Unfugs wird abgelehnt.

Es handelt sich um die Frage, ob die durch das „Volksblatt“ geübene öffentliche Aufforderung zur Teilnahme an der über die Kleinische Bäckerei in Harburg verhängten Sperre grober Unfug im Sinne des § 360, Ziffer 11 Str.-G.-B. ist. Das muß verneint werden.

1. Die Sperre-Vorfott ist eine Handlung, die nicht allein erlaubt ist, sondern die auch als Kampfmittel bei gesellschaftlichen oder gewerblichen Differenzen in allen Gesellschaftsklassen häufig angewandt und für nötig gehalten wird. Zur Durchführung einer Sperre aber ist es in vielen Fällen notwendig, daß an diejenigen eine Mitteilung und Aufforderung zur Teilnahme gerichtet wird, von denen man glaubt, daß sie die der Sperre zu Grunde liegenden Tendenzen billigen und Partei für die Ausführenden ergreifen werden. Wenn man glaubt, daß viele solche Personen vorhanden sind, insbesondere, daß die meisten Anhänger einer ganzen politischen Partei (hier der sozialdemokratischen) den Ausführenden helfen und sich dem Boykott anschließen werden, so geschieht jene Mitteilung und Aufforderung zweckmäßigerweise durch die Parteipresse, wie hier durch das sozialdemokratische „Volksblatt“. Wer den Boykott will, muß auch diese Art der Mitteilung und Aufforderung wollen. Eine „groß-ungebührliche“ Handlung kann in solcher Veröffentlichung nicht erblickt werden. Zwar mögen ja durch derartige Aufforderungen viele Leute der Gegenpartei in erheblichem Maße beunruhigt werden. Aber bei solchen Kämpfen wird bald die eine, bald die andere Partei beunruhigt, das ist die natürliche Folge des Kampfes, und die bloße Beunruhigung eines großen Teiles des Publikums ist allein noch nicht strafbar. Auch sonst wird öfter durch Mitteilungen der Presse eine erhebliche Beunruhigung des Publikums herbeigeführt, ohne daß jemand daran denkt, das strafbar zu finden (z. B. Mitteilungen über große Brände, durch die sogar ein erhebliches Gefühl der Unsicherheit herbeigeführt werden kann).

2. Grober Unfug setzt voraus, daß durch die betreffende Handlung der „äußere“ Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet werde. Die „äußere“ öffentliche Ruhe und Ordnung wird aber durch die Inserate bezw. die Notiz des „Volksblattes“ gar nicht tangiert. Es ist auch nicht abzusehen, wie jene Veröffentlichungen auch nur geeignet wären, solche Störungen herbeizuführen. Wenn in der Kleinischen Bäckerei nicht gearbeitet und das Kleinische Brot nicht verkauft wird, so liegt doch darin noch keine äußerlich wahrnehmbare Störung der öffentlichen Ordnung.

Sollte man aber annehmen, durch die Veröffentlichungen könnten die Gemüter erregt werden und es könnte dann unerwarteten Szenen kommen, so wäre das noch keine unmittelbare Folge der Veröffentlichung (s. in dieser Richtung Entscheidung des Reichsgerichts I. Straff. Abt. 31 S. 191).

Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.  
Königliches Amtsgericht IV.  
gez. Dr. Verber.

Es ist nur zu verwundern, daß in einer Sache, die dem natürlichen Rechtsempfinden des Laien als die einfachste und selbstverständlichste von der Welt erscheint, ein Staatsanwalt noch einer so gründlichen Rechtsbelehrung bedarf.

Die zur Aufnahme der Statistik gewählte Kommission in Halle a. S. schreibt dem dortigen „Volksblatt“ über ihre Erfahrungen hierbei:

„Nach statistischen Feststellungen herrschen auch in den hiesigen Bäckereien große Uebelstände. Ein volles Viertel sämtlicher ausgenommenen Schlafstätten der Bäckerstellen sind geradezu jämmerlich. In einigen ist das Bettmachen, das Wechseln der Bettwäsche, das Reinigen der Fußböden völlig unbekannt. Kein Tisch, kein Stuhl zeigt hier, daß ein schwer arbeitender Mensch wohnt. Ein Dien ist in sämtlichen Logis, bis auf wenige Ausnahmen, überhaupt nicht zu finden. Verdient denn ein Bäckerarbeiter kein anständiges menschenwürdiges Logis? Wollen sich die Herren Unternehmer etwa damit entschuldigen, daß ja ihre Arbeiter überhaupt nicht des nachts zum Schlafen berechtigt sind und infolgedessen dieser Punkt als oberflächlich angesehen wird? Jeder human denkende Mensch wird zugeben, daß gerade der Bäckerarbeiter mit seiner nervenaufreibenden Nacht- und Tagesarbeit, die wöchentlich 84 und mehr Stunden umfaßt, doppelt berechtigt ist, ein einigermaßen menschenliches Asyl zu verlangen.“

Ein sanitärer Uebelstand möge beleuchtet werden, der nicht streng genug beurteilt werden kann. In verschiedenen Betrieben müssen jugendliche Arbeiter, wie Lehrlinge, Hausdiener, in einem Bett zusammen schlafen. Fürnahr, Halle sieht nicht nach. In unieren Erhebungen stellen wir ferner fest, daß die Beköstigung teils mangelhaft, teils sogar erbärmlich war. Wer nun demgegenüber etwa glaubt, der Lohn der Bäckerarbeiter wäre ein hoher oder angemessener, derjenige irrt sich gewaltig. Bei freier Kost und Logis beträgt der Durchschnittslohn 6—7 M. pro Woche, oder 17—20 S. pro Stunde ohne Molt und Logis. Als Normalentgelt hierzu diene, daß von den circa 230 am Orte beschäftigten Berufsgenossen nur etwa 30 organisiert sind. Eine weitere Mißere im Bäckergewerbe liegt in der Lehrlingszucht. Hier steht Halle mit an erster Stelle in Deutschland. Es kommen auf 100 Meister 136,5 Lehrlinge. Diese Verschaffung billiger Arbeitskräfte mag eine Konsequenz der traurigen wirtschaftlichen Lage vieler Bäckermeister sein, um konkurrenzfähig bleiben zu können, immerhin aber wirkt die übermäßige Anzahl der Lehrlinge nach einigen Jahren auf die Lage des ganzen Gewerbes verberberlich. Körperlich und geistig durch die Nacht- und übermäßige Arbeitszeit zerrüttet, suchen diese Unglücklichen ihr Heil in der Fabrik oder anderen Berufen. Es liegt uns fern, Unternehmer in ihrer wirtschaftlichen Existenz zu schädigen, aber es muß entschieden konstatiert werden, daß auch hier in Halle tatsächlich Betriebe sind, welche in Bezug auf Reinlichkeit und sanitäre Einrichtungen der Arbeitsräume dringende Verbesserungsbedürftig sind.

Aus sanitären Gründen ist es geboten, von einem Unternehmen den Vorhang hinwegzuziehen, bei dem die Verhältnisse in ihrer Eigenart wohl in Halle einzig dastehen:

Die Bäckerei Gerlach, Leipzigerstraße, eine größere Firma, welche in der Gr. Steinstraße noch eine Filiale unterhält, nützt die Bäckerarbeiter in starker Weise aus. Nicht allein, daß es eine in jeder Beziehung ungenügende Kost gibt, auch die Schlafstätten und Bäckerei sind schmugig. In einem Eimer, wo eben noch Mühe erkauft worden sind, wurden in einem Falle Stachelbeeren aufbewahrt. Der Geselle muß für seine elenden paar Mark auch noch in ein eigenes Logis ziehen, um nur nicht in dem ungemachten schmugigen Bette schlafen zu müssen. Vorstehende Ausführungen sind ein Ausbruch der Verzweiflung eines armen Gefellen, welcher sich an die Defektivität wendet.“

Folgende Berichtigung geht uns aus Harburg i. Br. zu

„In Nr. 5 der „Deutschen Bäckerztg.“ vom 30. Jan. ds. Jrs. befindet sich ein Artikel, der sich mit meinem Geschäft befaßt. Da die darin aufgestellten Behauptungen der Wahrheit direkt zuwiderlaufen, so erlaube ich Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

Seit Einführung der Akkordarbeit bei Herstellung der kleinen Brekeln wurden für das Tauend 40 S. bezahlt und nie mehr, wie behauptet wird. Vorher wurde nur im Tagelohn gearbeitet bei einem Tagelohn von 1.40 M.; seither verdienen aber eingearbeitete Arbeiterinnen 2 bis 2.50 M. bei einer neun- bis zehnstündigen Arbeitszeit; bei Ueberstunden natürlich entsprechend mehr, denn zu dem Akkordlohn kommt noch ein Tagelohn für Steden von 50 bis 90 S. Die in der Fabrikordnung angegebene Arbeitszeit entspricht vollständig der ausgeübten Praxis, mit dem Unterschied, daß bei notwendig werdenden Ueberstunden entweder der Anfang oder das Ende entsprechend verlegt wird. Ueberstunden kommen nur in Zeiten außerordentlichen Bedarfs vor, wie dies auch sonst im Bäckergewerbe üblich und gesetzlich gestattet ist. Die Ueberstunden dauern höchstens bis 8 Uhr abends und waren im verflochtenen Geschäftsjahr in dieser Ausdehnung nur in den zwei letzten Wochen vor Weihnachten notwendig; ebenso auch die Sonntagsarbeit, welche in dem Artikel angeführt ist. Hierzu wurde die Genehmigung des Großherzoglichen Bezirksamts eingeholt und jede Arbeiterin den Tag zuvor gefragt, ob sie freiwillig arbeiten wolle, ein Zwang also in keiner Weise ausübt. Die in der Arbeitsordnung vorgegebenen Pausen sind stets in vollem Umfang eingehalten worden, nur in der Woche vor Weihnachten wurden dieselben etwas verkürzt. Tagegen hatte jede Arbeiterin immer Gelegenheit, ihr Essen rubig zu verzehren, da eine einstündige Mittagspause hierzu vollaus genügt. In der Arbeitsordnung ist übrigens nur eine einstündige Mittagspause vorgegeben, während seit einigen Jahren diese Pause auf 1½ Stunden erhöht ist, um den entfernteren wohnenden Arbeiterinnen ebenfalls Gelegenheit zu geben, nach Hause zum Essen zu gehen. Es ist mir unerkennlich, wie der Schreiber des Artikels eine wöchentliche Arbeitszeit von über 100 Stunden zusammenbringt, da in der strengsten Zeit, zwei Wochen vor Weihnachten, nach Abrechnung der Pausen im Ganzen höchstens 78 Stunden gearbeitet wurde. In der übrigen Zeit des Jahres beträgt die Arbeitszeit täglich kaum 9—10 Stunden durchschnittlich. Was die Strafkasse betrifft, ist bis jetzt allerdings ein Bericht den Arbeitern nicht erstattet worden, weil ein derartiger Wunsch bisher von keiner Seite geäußert worden ist, es hätte jedoch nur der Anregung vorzuziehender Seite bedurft, um diesem Erwünschten sofort

Nachung zu tragen. Von den Strafgebern wurden bei verschiedenen Anlässen an sämtliche Angehörige verteilt, auch Familienmitgliedern erkrankter Arbeiterinnen, sowie Wöchnerinnen Unterstützung gewährt. Dagegen ist es eine Erfahrung, daß anfänglich einer Wöchnerinnenunterstützung jeder Arbeiterin 20 S abgezogen worden sei. Da der Arbeitslohn der Arbeiterinnen nur für diese allein bestimmt ist, so kann derselbe auch zum Umkleiden benutzt werden, dagegen wurde die ursprünglich erteilte Erlaubnis, diesen Saal zum Essen zu benutzen, wieder zurückgezogen werden, weil es wiederholt vorkam, daß die ebenfalls im Saale wohnenden Mütter mit den Mädchen Tanzunterhaltungen während der Mittagspause veranstalteten. Der Eiebrunn ist entgegen der Behauptung des Artikelschreibers mit Ventilation versehen und besteht die angegebene Hitze in denselben nur im Hochsommer. Ueber die weiteren Anschuldhaltungen und Bemerkungen, die der Artikel enthält, glaube ich hinweggehen zu können, denn der beste Beweis, daß die behaupteten Zustände nur erfunden sind, ist sicher der, daß viele Arbeiterinnen schon jahrelang in meinem Geschäft tätig sind und ein großer Teil, hierbei sind auch die Mütter, zum zweiten und dritten Male bei mir arbeiten. Dem Verfasser des Artikels wäre aber dringend zu raten, sich vor allen Dingen auch genau zu unterrichten, bevor er mit Behauptungen an die Öffentlichkeit tritt, die der Wahrheit vollständig widersprechen.

Hochachtungsvoll  
Jul. Baader.

In der am 30. Januar stattgehabten Generalversammlung der Ortskrankenkasse für das Bäckergewerbe in Elberfeld wurden in den Vorstand nur organisierte Kollegen gewählt. Nachdem im vorigen Jahr die Familienunterstützung eingeführt worden war, gelang diesmal ein Antrag Fischer zur einstimmigen Annahme, wonach Mitgliedern, die ein Jahr der Kasse angehören, auf Antrag eines praktischen Arztes zu künstlichen Gebissen pro Zahn 2 M aus der Kasse bewilligt werden. Für Plombieren der Zähne wird 1 M bezahlet. Weiter wurde mit 15 gegen 14 Stimmen beschlossen, als Publikationsorgan von Massenangelegenheiten an Stelle des „Städt. Anz.“ die „Freie Presse“ zu benutzen. In der konstituierenden Vorstandssitzung wurde dem Arbeitgeber der Vorsitz der Kasse entzogen und Kollege Fischer als Vorsitzender und Gebauer als Schriftführer gewählt. So geht es in Elberfeld auf der ganzen Linie flott vorwärts zum Ärger unierer Bäckermeister und zum Wohle der Kollegen.

**Bericht des Ausschusses vom Mai bis Dezember 1904.**  
Der Ausschuss hatte im verflochtenen Halbjahr vier Sitzungen abgehalten.

Die erste dieser Sitzungen befaßte sich lediglich mit der Konstituierung, nachdem die Mitgliederversammlung am 3. Juni die Wahl desselben vollzogen hatte.

Aus der Wahl gingen Gagner, Vorsitzender; Müller, Schriftführer und Dietrich, Herman und Seidl als Beisitzer hervor. Nach genauer Durchsicht des Statuts wurde die erste Sitzung geschlossen mit dem Hinweise, im Ausschusse nur die Gesamtinteressen des Verbandes im Auge zu behalten. Den nächsten Sitzungen lagen zur Beratung vor: der Uebertritt des Fachvereins von Berlin, der aufgegeben wurde, sowie ein Schreiben des Hauptverbandes bezüglich eines Kollegen und ferner ein solches wegen der Konferenz der Gauleiter in Hamburg, worin die Mitteilung enthalten war, daß der Ausschuss Abstand nehmen möchte, einen eigenen Delegierten zu entsenden; gemäß des Beschlusses der Generalversammlung wäre derselbe hierzu berechtigt. Nachher darüber in der nachfolgenden Sitzung noch debattiert wurde, wurde ein Antrag auf Entsendung eines Delegierten abgelehnt.

Viele paar Seiten wären der Bericht des Ausschusses, aus welchen zu entnehmen ist, daß die Voten, welche vor der Generalversammlung zu hoch gingen, sich nun wieder gelegt haben. Zu erwähnen ist noch, daß die Kollegen Seidl und Herman ausgeschieden sind, an diese Stelle die Kollegen Blädinger und Wünnich gewählt wurden.

Der Ausschuss:  
J. A.: Heinz Gagner, Vorsitzender, München.  
Weissenburgerplatz 2, I.

**Achtung! Gau Hamburg!**

Folgende Agitationsveranstaltungen, in denen Kollege Fischer-Hamburg referieren wird, finden in nächster Zeit statt:

Dienstag, 23. Februar	in Hannover.
Mittwoch, 24. "	" Braunschweig.
Donnerstag, 25. "	" Silbesheim.
Freitag, 26. "	" Göttingen.
Sonntag, 28. "	" Celle.
Dienstag, 1. März	" Schwerin.
Mittwoch, 2. "	" Holsat.
Donnerstag, 3. "	" Wismar.

Die Kollegen werden ersucht, für guten Besuch der Versammlungen zu sorgen.

**Der Gauverband.**

J. A.: B. Liecher, Gr.-Neumarkt 56 I.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

Wir können unseren Mitgliedern die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Erlöse im Monat Januar in der Agitation alle Erwartungen übertroffen haben. Ebealdig noch eine Anzahl Mitgliedschaften mit der Abrechnung referieren, konnte doch schon festgestellt werden, daß im Januar dem Verbands 1000 neue Mitglieder gewonnen wurden.

Wir richten an alle Gauleiter, Vorstände der Mitgliedschaften und an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, auch fernerhin solche energische Agitation für Ausbreitung des Verbandes zu betreiben, aber auch überall für regelmäßige Bezirks- und Bezirkskassenführung der Beiträge zu sorgen, damit dem Verbands diese neuen Mitglieder auch erhalten bleiben als treue Verbandsmitglieder!

Den Mitgliedschaften Kiel und München wird antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung von pro Woche 10 S Extrabeitrag erteilt. (Nichtbezahlung dieser Beiträge zieht den Ausschluss aus dem Verbands nach sich.)

Den Gauvorständen und Verwaltungen der Mitgliedschaften sind mit dem letzten Correspondenzblatt die neuen Adressenverzeichnisse zugesandt worden.

In den nächsten Tagen geben den Vorständen der Mitgliedschaften eine Anzahl Broschüren zu, von denen jedem Vorstandsmittglied, ebemals jedem Kreis-, Hilfs- oder Bezirksleiter und jedem Vertrauensmann in der örtlichen Bewegung je ein Exemplar einzubehalten ist.

- Nach der vom Vorstände vorgenommenen Neueinteilung der Gane bestehen dieselben jetzt in folgender Weise:
- I. Provinz Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Regierungsbezirk Magdeburg und Herzogtum Anhalt. Sitz Berlin.
  - II. Provinz Schlesien und Posen. Sitz Breslau.
  - III. Provinz Schleswig-Holstein und Hannover, beide Medlenburg, Danzberg, Lübeck, Bremen, Großherzogtum Oldenburg und Herzogtum Braunschweig. Sitz Hamburg.
  - IV. Provinz Rheinland und Westfalen, beide Lippe und Waldeck. Sitz Düsseldorf.
  - V. Königreich Sachsen, Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt, Thüringische Fürstentümer. Sitz Dresden.
  - VI. Provinz Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen. Sitz Frankfurt a. M.
  - VII. Saarrevier, Rheinpalz, Elsaß-Lothringen, Baden und Württemberg. Sitz Mannheim.
  - VIII. Bayern. Sitz München.

**Adressen der Gauvorstände.**

- Berlin. R. Gehschold, Rheinsbergerstraße 17, Quergebäude, II.  
Breslau. Jul. Ziegler, Paradiesstraße 9, IV.  
Hamburg. Bernh. Liecher, Gr. Neumarkt 56, I.  
Düsseldorf. Karl Kesting, Untergrünnewalderstr. 29, Hinterhaus, Elberfeld.  
Dresden. Wilh. Stahl, Florastr. 4 I.  
Frankfurt a. M. G. Leidig, Schweizerstraße 48, Hinterhaus, II.  
Mannheim. Ant. Lanke, 4. Querstraße 48, III. I.  
München. Heinz Gagner, Sendlingerstr. 79.

Mitgliedschaften und Einzelmitglieder haben sich in der Agitation nur an den Gauvorstand ihres Bezirkes zu wenden.

Fragebogen haben noch nicht eingelangt folgende Zahlstellen: Altenburg, Altona, Bad Reichenhall, Bahreuth, Bremerhaven, Grimmitzhan, Düsseldorf, Elberfeld, Erding, Hensburg, Freiburg i. Br., Gotha, Heidelberg, Silbesheim, Königsberg, Landsbut, Ludwigshafen, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Münster, Neumünster, Nürnberg, Offenbach, Oldenburg, Pirna, Posen, Rosenheim, Rudolstadt, Stuttgart, Steint, Weihenstepf, Wilhelmshurg, Würzburg, Amberg.

Wir fordern nun diese Zahlstellen dringend auf, bis Sonntag, 28. Februar, die Fragebogen einzusenden; auch wo sonst in den Mitgliedschaften noch Fragebogen eingehen, sende man uns diese bis 28. Februar zu, denn später eingehende Bogen können bei der Zusammenstellung nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Verbandsvorstand. J. A.: D. Allmann, Vorf.

**Quittung.**

Vom 8.—14. Februar gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Für Monat Januar: Mitgliedschaft Elmshorn 22.70, Homburg v. d. S. 63.45, Bant-Wilhelmshaven 41.65, Neumünster 9.10, Silmenau 25.55, Nürnberg 140.70, Halle 49.15, Köln 107.50, Altona 386.70, Grimmitzhan 49.75, Bergedorf 36.65, Braunschweig 94.65, Stuttgart 22.25, Altona 22.25, Wismar 21.70, Altona 102.75, München 84.20, Danzig 73.80, Schwerin 9.70, Ludwigshafen 58.20, Regensburg 134.55, St. Johann-Saarbrücken 101.85, Freiburg i. Br. 132.30, Schönbeck 10.85, Würzburg 38.20, Hannover 109.35, Höchst a. M. 49.20, Hamburg 105.55 M.

Für August bis Dezember: Oldenburg 37.10 M.

Von Einzelschülern der Hauptkasse: G. H. Cella 2.80, G. I. Eichen 3.20, F. S. Stadthof 2.10, G. B. Alfred 20.20, G. G. Tawadel 2.50, D. R., Weimar 2.—, A. G. Rensburg 2.40, L. S. Erfurt —.90, F. M. Erfurt 4.80, F. W. Worms 7.20, A. L. Weg 25.80, A. L. Reußfeld 6.50, H. B. Hohenlimburg 4.80 M.

Für Januar: Mitgliedschaft Homburg v. d. S. 1.20, G. H. Hamburg 3.— M.

Für Kalender: Mitgliedschaft Elmshorn 4.50, Celle 1.—, Oldenburg 1.50, Grimmitzhan 5.50, Breslau 6.50, Schwerin 1.50, St. Johann-Saarbrücken 6.50, F. M., Erfurt —.50, F. W. Worms —.50, A. L. Weg 1.50 M.

Mit den Beiträgen an die Hauptkasse für Januar referieren die Mitgliedschaften Altenburg, Amberg, Augsburg, Bahreuth, Camé, Cottbus, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld (Geld ohne Abrechnung gelangt), Erding, Forst, Frankfurt, Gießen, Gotha, Danau, Heidelberg, Silbesheim, Königsberg (Abrechnung ohne Geld gelangt), Königshütte, Landsbut, Mainz, Mühlhausen, Oldenburg, Pirna, Rosenheim, Seitzagen, Wiesbaden (Abrechnung ohne Geld gelangt) und Wilhelmshurg.

Für Dezember und Januar: Hensburg. Seit November: Bremerhaven.

Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.

**— Anzeigen. —**

**Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen zu Hamburg. (E. H. No. 49.)**

Donnerstag, 25. Februar, Nachmittags präz. 5 Uhr

**General-Versammlung**  
bei Herrn Hilmer, Gänsemarkt 35.

Tagesordnung: 1. Vorlage der Jahresabrechnung. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht der Delegierten vom Verband freier Krankenkassen.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
A 480) Der Vorstand.

**Allen Münchener Bäckergehülfen**  
empfehlen ihre freundliche Gastwirtschaft mit ausgezeichneten Küche zu jeder Tageszeit

Max und Marie Saller,  
Restaurant zum „Bierschäffler“,  
München-Au, Lilienstr. 50.  
A 240)

Unserem langjährigen Kassierer Bernh. Lieppen und seiner lieben Braut zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche!  
Die Kollegen der Ottenjer Fortschrittsbäckerei.  
A 1.80)

**Zentralverkehr der Bäcker Süddeutschlands**

im Gasthof „Zum römischen König“, Holzstr. 3, Stuttgart.  
A 1.20) Carl Saffka, Welfer.

**Bäcker-Einkaufsquelle**

Grösste Auswahl in neuen und getragenen Herrenkleidern, sowie Anfertigung nach Mass zu bekannt billigsten und reellsten Preisen.

**J. H. Bloch,**  
München, Brunnstr. 3/0, vis-à-vis „Kreuzbräu“.

**Zur Anfertigung von Herren-Anzügen nach Maß**

mit elegantem Schnitt und Sitz in jeder Preislage empfiehlt sich allen Münchener Bäckergehülfen  
A 2.10) Gg. Prom, Schneiderstr., Geierstr. 20.

**Sämtliche Münchener Bäckergehülfen**

treffen sich jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag zum gemütlichen Taroc oder Billard-Partie im  
A 1.80) Café Wittelsbach, Herzog Wilhelmstr. 32.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Berlin. Außerordentl. Mittl.-Berf. der Genossenschafts-Rabattspartners und Brotbäcker Sonntag, 21. Febr., Morgens 10 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11—12.

Berlin. Doffentl. Berf. Dienstag, 23. Februar, im „Neues Konzerthaus“, Alexanderplatz. (Referent: Reichstagsabgeordneter Ad. Hoffmann.)

Basel. Zusammenkunft jeden Donnerstag. Mitglieder-Berf. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume, Schwanengasse, bei der alten Rheinbrücke.

Barmen. Doffentl. Berf. Sonntag, 28. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Thiel, Parliamentstr. 5.

Barmen. Mittl.-Berf. Donnerstag, 25. Februar, Abends 8 Uhr, im „Garten“, Gassestr. 14.

Breslau. Doffentl. Berf. Donnerstag, 25. Februar, Nachm. 3 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Cottbus. Doffentl. Berf. Mittwoch, 24. Februar, Nachmittags 3 Uhr, bei Kollwitz, Kollwitzstr. (Referent: Seifsholtz-Berlin.)

Chur (Schweiz). Berf. alle 14 Tage Donnerstags im Restaurant „Helvetia“.

Cassel. Mittl.-Berf. Donnerstag, 25. Febr., bei Riemen-Schneider, Schäfergasse 14.

Düsseldorf. Mittl.-Berf. Sonntag, 28. Febr., Morgens 10 1/2 Uhr, bei Herrn Bass, Breitestr.

Effen. (Ruhr.) Mittl.-Berf. Sonntag, 21. Februar, in „Stadt Berlin“, Limbederstr. 31.

Eberswalde. Doffentl. Berf. Sonntag, 28. Februar, Nachm. 3 Uhr, bei Fischer, Südenstr. 6. (Referent: Barth-Berlin.)

Elberfeld. Doffentl. Berf. Sonntag, 28. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Geiger, Neustr. 10.

Fürth i. B. Doffentl. Berf. Dienstag, 1. März, Nachm. 4 1/2 Uhr, im „Bergbräu“. (Ref.: Kol. Gagner-München)

Fürth i. B. Jeden Donnerstag Zusammenkunft, jeden letzten Donnerstag Mittl.-Berf. im „Saalbau“.

Forst i. L. Doffentl. Berf. Dienstag, 23. Februar, Nachmittags 3 Uhr, bei Mielke, Bahnhofstr.

Gera. Doffentl. Berf. Sonntag, 21. Februar, Nachm. 4 Uhr, bei Höfer, Waldstr. (Ref.: Freitag-Leipzig.)

Mannheim. Doffentl. Berf. Donnerstag, 25. Februar, Nachm. 3 Uhr, in der Centralhalle, Q. 2, 16. (Ref.: Kollege Leidig-Frankfurt.)

Mannheim. Mittl.-Berf. Dienstag, 23. Februar, Nachmittags 3 Uhr, in der Karlsruher Bierhalle, G. 3, 4.

München. Doffentl. Berf. Mittwoch, 24. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im „Gabelsbergerteller“. (Referent: Landtagsabgeordneter Segig.)

Nürnberg. Doff. Berf. Mittwoch, 2. März, Nachm. 5 Uhr, im „Sächsischen Hof“. (Referent: Kollege Gagner-München.)

Pl. Grund. Doffentl. Berf. Sonntag, 21. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im „Deutschen Haus“, in Botischappel.

Reimscheid. Doffentl. Berf. Sonntag, 28. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Thiel, Bismarckstr. 43.

Solingen. Doffentl. Berf. Sonntag, 28. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Girlich, Hochstr. 13.

Weihenfels. Doffentl. Berf. für Weihenfels-Leuchern-Strickau Sonntag, 21. Februar, Nachm. 3 Uhr, im „Grünen Baum“, Leuchern. (Der Lohnzettel für Konsumbäckereien.)

Würzburg. Doffentl. Berf. Dienstag, 1. März, Nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Hahn“. (Ref.: Kollege Lanke-Mannheim.)

Zürich. Berf. jeden 1. Donnerstag im Monat im Lehrlokal „Rothhaus“, Marktasse, Zürich I. Reiseunterstützung bei Ggger, Dienerstr. 29, Zürich III.

Dem Adressen-Verzeichnis ist nachzutragen:  
Effen a. R. Stadt Berlin, Limbederstr. 31.  
Gelsenkirchen. Restaurant Urlaub, Bochumerstr. 58.  
Magdeburg. Brill's Restaurant, Gr. Junkerstr. 15 b.

Für die Redaktion verantwortlich: D. Allmann, Hamburg, Magstraße 6. — Verlag von D. Allmann, Hamburg. — Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eiffel, Friedenstr. 4.

Bäckerbewegung im Auslande.

Eine bevorstehende Tarifbewegung der Wiener Bäckereiarbeiter. Diese Mitteilung darf von unseren Kollegen in Deutschland nicht etwa in dem Sinne aufgenommen werden, als ob wir Wiener so ganz plötzlich vor einem Entscheidungslampf für einen Lohntarif stehen würden, sondern mein Versuch geht vielmehr dahin, in möglichst kurzer Form mit nüchternen Worten die Phase des Kampfes, zu dem wir Wiener schon seit einer geraumen Zeit rüsten, zu schildern. Ich erfülle damit auch meine Pflicht.

Schon im Vorjahre, u. a. am 28. April 1903, wurde in unserer Gehilfenversammlung einstimmig der Beschluß gefaßt, einen Arbeitszeit- und Lohntarif auszuarbeiten, diesen einer einzuberufenden Gehilfenversammlung zur Annahme vorzulegen und ihn sodann der Genossenschaftsvorstellung zu überreichen. Dieser Beschluß bildete also einen prägnanten Willensausdruck, der immer intensiver werden und Ausübung der Arbeitskraft einerseits und den immer mehr sinkenden Löhnen für die überlange Arbeitszeit andererseits mittels eines festen Tarifes die Grenze zu setzen. Gesagt muß noch werden, daß diese Beschlußfassung nicht etwa die Wirkung eines mit einer Menge hinreißender Worte durchplänkter Referats war, sondern der Referent setzte klar und deutlich auseinander, welche Vorbedingungen eine Abschließung gemeinsamer Tarifverträge stets voraussetzt. Wenn die Unternehmer im allgemeinen die vollständig uneingeschränkte Freiheit des Ausbeutens als ihr verbreitetes Recht stets wissen wollen, so gilt diese reaktionäre Anschauung bei den Bäckermeistern doppelt. Insbesondere aber die Vorstehung der Wiener Bäckergenossenschaft hat es bisher als eine Tradition betrachtet, bei allen Reformversuchen seitens der Gehilfenchaft, nicht etwa die Vermittlungsgründe entscheiden zu lassen, sondern in der prozessualen Weise wurden diese stets abgelehnt. Wenn also trotz dem dieser Beschluß einstimmig angenommen wurde, so zeigt dies das Bewußtsein der Tragweite eines solchen Beschlusses. Nun wurde unmittelbar nach der Gehilfenversammlung gleich eine Plenarversammlung der Wiener Vertrauensmänner abgehalten bei der schon die weiteren Schritte zu einem Tarife besprochen wurden. Es wurde auch ein Beauftragter aus der Mitte dieser Versammlung gewählt, das gemeinsam mit dem Gehilfenauschuss den Lohntarif auszuarbeiten bestimmt wurde. Wesentlich zur Hebung der Kampfstimmung hat auch die Maßfeier beigetragen, bei der bekanntlich die Bäckerarbeiter des ganzen Reiches für die „Abkündigung der Nachtarbeit“ demonstriert haben. Den Wiener Bäckerarbeitern konfiszierte die löbl. Polizei die Tafeln mit dieser Aufschrift, damit die aufreizende Wirkung dieser Tafeln unterdrückt werde.

Vielleicht ist in den Augen der Polizei die Nachtarbeit im Bäckergewerbe etwas ganz selbstverständliches, eine Naturnotwendigkeit, gegen die anzukämpfen, polizeilich verboten ist. Aber zur Sache! Die Polizei hat noch keinen sozialen Kampf aufhalten, noch weniger, sondern die Vorbereitung zu diesem Kampfe mit Hindernissen verlegt. Und zwar noch im Monate Juni, als das Parlament zusammentrat, wurde ganz unerwartet ein Antrag auf unsern Geschäftstags verübt. In der Person des Abgeordneten „Böheim“ fanden unsere Schanzmacher das richtige Werkzeug für ihre Schandtaten. Der „Grimm“, ein prononzierter Hasser jedes Arbeiterschutzes, sah in Böheim einen Phonographen und faktisch verstand es dieser Uhrmacher in der glänzendsten Art, alle die ihm eingetrichterten Lügen von den technischen Schwierigkeiten des ganzen Arbeitstages, vom Ruin des Bäckergewerbes durch dieses Gesetz zc. im Parlamente herunterzuleiern. Schließlich ist das öst. Parlament noch so verfault und korruptiert, wenn es gilt, die Arbeiterschutzesgeetze zu verschlechtern, so findet sich immer jene Anzahl von „Bolschewikern“ zusammen, die dem Wunsche der Ausbeuter, als ihrer Wähler, gerne Folge leisten. Und so fand auch der Böheim für seinen Antrag soviel Gesinnungsverwandte, die zur Majorität für diesen frechen Raubzug notwendig waren. Der Antrag wurde also angenommen und zum ewigen Andenken brachte Grimm in seiner „Austria“ das Porträt dieses wackeren Verteidigers des Gewerbestandes. Dieser Abwehrkampf nahm unsere ganzen Kräfte in Anspruch, sodas tatsächlich unsere Aktion für den Tarif aufgehoben wurde. Aufgehalten, aber nicht abgehalten! Wenn gegenwärtig der Kampf um unseren Arbeitstag noch unentschieden ist, so konnte doch nicht länger mit den Vorarbeiten für diesen Tarif gewartet werden, wollte man nicht einer Mißstimmung für den Kampf Tür und Tor öffnen.

Die Arbeit in den Bezirken wurde wieder frisch aufgenommen, Sektions- und Bezirksversammlungen wurden einberufen, in denen hauptsächlich die Leute zur Ausdauer in diesem Kampfe ermahnt wurden. Der Gehilfenauschuss hielt mehrere Sitzungen mit dem Beauftragten ab, bis schließlich für den 29. Januar d. J. eine gemeinsame Sitzung mit dem Verbandsvorstand beschlossen wurde. In dieser wurden neben der Sachverhandlung des Tarifes sehr wichtige Beschlüsse gefaßt. So wurde beschlossen, für den 24. Februar eine Vertrauensmännerversammlung aller Bäckereien Wiens einzuberufen, dieser die Tarifforderungen zur Diskussion und Annahme vorzulegen, und zugleich die Zeit festzusetzen, wann die Gehilfenversammlung stattfinden soll, die den bindenden Beschluß auf Ueberreichung der Forderungen fassen wird.

Ein weiterer, sehr wichtiger Antrag wurde angenommen, der den Inhalt hat, daß in Wien eine Mitgliederversammlung einzuberufen ist. Dieser Mitgliederversammlung wird der Antrag auf obligatorische Einführung des „Extra-Tages“ zum Widerstandsfonds für alle Wiener Mitglieder vorgelegt. Somit wäre dann der Beitrag in Wien erste Klasse 70 und zweite Klasse 54 Heller pro Woche. Es wurde auch angeregt, angesichts der schon gegenwärtigen Überbürdung der administrativen Arbeit im Sekretariat mit der Frage einer Anstellung eines dritten Genossen sich zu befassen. Wichtig ist, daß ein wirksamer Agitator mit administrativer Arbeit nicht überhäuft werden darf. Er muß die Hände für die Agitationsarbeit frei haben. Der Verbandsvorstand wird sich in seiner nächsten Sitzung eingehender mit dieser Frage beschäftigen.

Bei der Debatte über die weitere Taktik wurde von einem Genossen auch ausgesprochen, daß bei der Ueberreichung der Forderungen gleich eine Krisis festzusetzen ist, bis zu welcher eine konkrete Antwort seitens der Vorstehung der Genossenschaft abverlangt werden soll. Dies bildet der

meiner Meinung für die Organisation keinen Vorteil, da ein solches Mittel eine sehr zweischneidige Waffe ist.

Der Entwurf des Tarifes hat folgenden Wortlaut:

1. Löhne für Weißbäckereien: a) Helfer, Mischer, Zusammenarbei 36 Kr.; b) Schwarzmischer, Ausschütter 34 Kr.; c) Stübler, Bismischer 30 Kr.; d) Kleinjung, Tafelarbeiter, Backstübenvize 26 Kr.; e) Vize 22 Kr.; pro Woche.
2. Löhne für Schwarzbäckereien: a) Helfer, Mischer, Zusammenarb. 36 Kr.; b) Bismischer 30 Kr.; c) Kleinjung 28 Kr. pro Woche.
3. Kost und Logis werden in allen Bäckereien befreit.
4. Brot und Gebäck bis zum Betrage von 20 Heller täglich ist frei. Alle aus dem Mehl-, Germ-, Back- und Neujahrsgebäck entspringenden Nebenverdienste bleiben unberührt. Die Lohnauszahlung findet immer am Samstag statt.
5. Die Arbeitswoche besteht sowohl in Weiß- als in Schwarzbäckereien für jeden Arbeiter aus sechs Tagen mit sechs Schichten.
6. Einhaltung der gesetzlichen Sonntagsruhe.
7. Arbeitszeit für Weißbäckereien ohne Ablöspartien 10, mit Ablöspartien 8 Stunden täglich inkl. Pausen und Gebäckaustragen.
8. Arbeitszeit für Schwarzbäckereien dieselbe, mit einer halbstündigen Essenspause.
9. Ueberstunden sind in Weiß- und Schwarzbäckereien pro Mann und Woche höchstens bis zu 6 Stunden zulässig und doppelt zu bezahlen.
10. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeitskräfte vom Verbands der Bäckerarbeiter zu beziehen.
11. Lehrlingswesen: a) Die Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitswoche gelten auch für die Lehrlinge; b) Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen nicht zur Nachtarbeit verwendet werden; c) bis 5 Gehülfen ist 1, von 6-8 Gehülfen 2, von 8-10 drei Lehrlinge zulässig; d) die Lehrlinge sind vor der Aufnahme auf ihre Eignung zum Bäckergewerbe hin ärztlich zu untersuchen.
12. Gleichstellung des 1. Mai mit dem Sonntage.
13. Bei Erneuerungen des Herbes und Reparaturen von Ofen sind Tagelöhner zu verwenden.
14. Jeder Gehülfe erhält für die Backstube und den persönlichen Gebrauch je ein Handtuch wöchentlich; zur Körperreinigung sind geeignete Waschbeden herzustellen.
15. Anerkennung der Organisation und der Vertrauensmänner.
16. Abschließung des Tarifes auf drei Jahre mit 11-jähriger Kündigung; bei Nichtkündigung stillschweigende Verlängerung um ein Jahr. Einsetzung einer aus Meistern und Gehülfen paritätisch zusammengesetzten Tarifkommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden. Soweit der Entwurf. Dieser wird nach der Vertrauensmännerversammlung publiziert und vervielfältigt. Einer Probebeziehung schon aus prinzipiellen Gründen mich enthaltend, welche ich vom folgenden Grundjahren nicht ab: „Die Stärkung des Widerstandes“ zugleich auch eine Stärkung der Aussicht auf einen Sieg!

Die Unternehmer werden von den Forderungen so viel bewilligen, wie die Arbeiter sich zur Erhaltung der Forderungen einfach zwingt. Jeder Lohnkampf ist eine Machtfrage, umsomehr ein Zwang zu einer Tarifgemeinschaft. Werden wir genügend stark organisiert, dann müssen wir die Laune der Unternehmer, mit uns zu verhandeln, nicht erst erbitten, sondern dann wird um unser Recht heiß gekämpft. Und bekanntlich „Nie kämpft es sich schlecht um Wahrheit und Recht!“

S. B. Chur (Schweiz). In der am 11. Februar im Lokal Helvetia abgehaltenen Generalversammlung wurde gewählt F. Giovanelli als Präsident, E. Soller als Vizepräsident, F. Brendle als Aktuar, E. Luz als Kassierer und W. Reischmann als Revisor. Wegen Maßregelung wurde unser Vorstand, Kollege Horn, gezwungen, sein Amt niederzulegen. Es ist uns aber gelungen, in der Person des Genossen Giovanelli einen Mann zu finden, der allen Anforderungen entspricht und ist somit der Freude unserer Trauer Einhalt getan, indem Giovanelli unabhängig ist und nicht geprengt werden kann. Für uns ist diese Wahl um so erfreulicher, da Genosse Giovanelli zugleich Präsident der ganzen Arbeiterschaft Chur ist. Kollege Horn bedankte sich für das ihm von Seiten der Kollegen geschenkte Vertrauen und forderte sie auf, auch dem neuen Präsidenten in gleicher Weise entgegenkommen zu wollen; der neue Präsident erklärte sich ebenfalls in ähnlicher Weise bereit, der Willkür unserer Meister entgegen zu treten. Die Freude unserer Meister ist somit in den Bach gefallen und ihr Beschluß, den Vorstand zu sprengen, gescheitert, und so wird hier unsere Gewerkschaft auch weitere Fortschritte machen.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften. In Berlin fand am 9. Februar die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte man des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Rosenow und ehrte das Andenken desselben durch Erheben von den Plätzen. Nachdem das Protokoll verlesen sowie der Monatsbericht gegeben, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde, hielt Genosse Dr. Max Alberti einen Vortrag über die preussische Kultur, schwach und die sozialistische Bewegung in Russland. Derselbe wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Unter „Verschiedenes“ wurde unter anderem für den Bezirk Westen als Obmann Kollege Kuske, für Nordost Prever, für Rantow Bombe bestätigt. Nachdem noch verschiedene Verbandsangelegenheiten erledigt, erfolgte mit einem Hoch auf den Verband Schluß der Versammlung.

In Bremen fand am 7. Februar eine öffentliche Versammlung statt, die leider sehr schwach besucht war, weil an demselben Tage die Bäckergesellen-Krankenkasse Bräderschaft ihren Hebetag hatte. Das Referat hielt Kollege Friedmann-Hamburg über: „Die Rechte und Pflichten des Gesellenauschusses“. Außerdem wurden noch die Kandidaten für die Gesellenauswahl aufgestellt. Drei neue Mitglieder wurden für den Verband gewonnen. Am 31. Januar tagte in Danzig eine Mitgliederversammlung, welche von 30 Kollegen besucht war. Genosse Hof vom Gewerkschaftsstellvertreter wurde gewählt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Woff als erster, Neck als zweiter Vorsitzender, Salawski als erster, Matohl als zweiter Kassierer und Olschewski als Schriftführer. Als

Revisoren fungieren die Kollegen Luz, Scherwiski und Postel. In das Gewerkschaftsstellvertreter wurden gewählt Woff und Luz. Zum Punkt „Verschiedenes“ nahm Woff das Wort und ermahnte die Kollegen in einer längeren Ansprache, stets treu und fest zum Verbands zu halten, auch stets und ständig für denselben zu agitieren. Hedner schloß mit einem Hoch auf den Verband.

In Dortmund tagte am 7. Februar eine mäßig besuchte Versammlung, zu der Kollege Fischer-Elberfeld als Referent erschienen war. Aus der Bureauwahl gingen die Kollegen Brehm als Vorsitzender und Hedderfen als Schriftführer hervor. Der Referent ging nach einer kurzen Beleuchtung der berühmten Dortmunder Zustände in der Backstube zu dem Referat „Soziale Frage des Bäckergewerbes“ über und entwickelte in einem 1/4stündigen Vortrag die miserablen Zustände und die geringe Entlohnung, welcher die Bäckergesellen unterworfen sind. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Hury, Cardinal und Hedderfen. Eine Resolution im Sinne des Vortrages fand einstimmige Annahme.

In Hamburg fand am 31. Januar die stark besuchte Generalversammlung der Mitgliedschaft statt. Den Jahresbericht gibt Liescher: Wenngleich das Jahr 1903 ein ruhiges zu nennen sei, so haben wir den Frieden dazu benutzt, die Mitgliedschaft Hamburg auf die Höhe zu bringen, die ihr gebührt. Auch der Vorstand war eifrig bemüht, das nachzuholen, was in dem ersten halben Jahre versäumt worden ist. Nach der Beilegung der damals bestandenen Differenzen durch den Verbandstag war auf ein so friedliches Zusammenarbeiten weniger zu hoffen; doch könne er mit freudigem Herzen vor der Versammlung erklären, daß wohl selten ein Vorstand aus solchen Mitgliedern zusammengesetzt war, die ihre Pflicht so erfüllt haben. Auch den Grobbäcker-Vorstandsmitgliedern könne er nur das Beste nachsagen. Kurz, er wünsche keine besseren Vorstandsmitglieder als die gewesenen. Daß das Jahr 1903 ein erfreuliches zu nennen sei, ergibt sich aus folgendem Ueberblick: Während wir am Schlusse des Jahres 1902 484 Mitglieder hatten und eine Gesamteinnahme von 10 596 M., haben wir in diesem Jahre eine Mitgliederzahl von 732 und eine Gesamteinnahme von 13 114 M.; mithin ein Mehr an Mitgliedern von 248 und an Mehreinnahme 2518 M. Auch die Vergütigen haben die nette Summe von 411 M. abgeworfen. Differenzen sind weniger zu verzeichnen. Hervorgehoben müssen noch werden die Unregelmäßigkeiten in der Zwiebackfabrik, bei Trietich und die Schmutzerei bei Sieburg. Versammlungen fanden statt: 5 öffentliche und 6 gemeinschaftliche, während 25 Vorstandssitzungen sich nötig machten. Auch der Arbeitsnachweis hat sich auf der Höhe erhalten, ja sogar ausgedehnt. Hervorgehoben muß es jedoch werden, daß unsere Mitglieder denselben zu wenig respektieren, ja sogar umgehen. Er wünscht, daß es besser auf diesem Gebiete werde. Den Kassenbericht gibt Diegner. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Während die Versammlung mit der Tätigkeit des Vorstandes sehr zufrieden war, sind Jaich und Graf anderer Meinung. Jaich bemängelt in allen Teilen die Tätigkeit des Vorstandes, ang Diegner verwahrt sich nicht korrekt. Seine Freunde bevorzuge er, wo es ihm nur möglich ist. Die beiden Grobbäcker-Vorstandsmitglieder Stubbe und Ergo beschimpft er in größlicher Weise. Graf findet, daß der Vorstand zu wenig mit Gewerbeinspektion und Polizei in Verbindung getanden hat; auch sei auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu wenig getan worden. Er ist der Ansicht, wenn der Vorstand keine Arbeit hat, so soll er sich welche machen, denn damit sei nicht zu renommieren, daß nur 25 Vorstandssitzungen stattgefunden. Als er im Vorstand war, seien bedeutend mehr Sitzungen abgehalten worden. Allmann ist darüber empört, daß man Diegner in einer solchen durch nichts gerechtfertigten Weise angreift, da Diegner die langen Jahre sein Amt auf das gewissenhafteste verwaltet. Wenn Leute in einer Versammlung, statt Kritik zu üben, zur Erleichterung derselben den Komiker spielen, so soll man es ihnen auch dieses Mal erlauben. Was die Streiks und Lohnbewegungen anlangt, so solle man mehr Vorsicht üben. Habe doch der Germaniaverband einen Dr. phil. angestellt. Im übrigen könne man wohl mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden sein; auch halte er es nicht für richtig, daß man einzelnen Personen eine Schuld zuschieben will. Diejenigen, die noch keine Fehler gemacht haben, haben auch noch keine verantwortlichen Posten in der Organisation innegehabt. Er spricht seine Zufriedenheit aus über die geleistete Arbeit und wünscht, daß Hamburg sich in der Weise entwickeln solle wie bis jetzt. Und wenn jeder seine Pflicht tut, so sei es selbstverständlich, daß wir auch hier einen Schritt, wenn die Zeit kommt, weiter machen. Weiter sprachen noch Stubbe zum Vorstandsbericht und Ergo zum Arbeitsnachweis. Zu den Wahlen bringt Thiel den Antrag ein, den von den Sektionen gewählten Vorstand nicht zu bestätigen, die Versammlung zu vertagen und nach 14 Tagen weiter darüber zu beraten. Er begründet den Antrag damit, daß die Versammlung die Verantwortung nicht übernehmen kann. Nach dem, was sie heute gehört hat, kann sie solchen Kollegen wie Jaich die Führung nicht überlassen, bei denen von vornherein zu sehen ist, daß für ein einheitliches und friedliches Zusammenarbeiten der Grund vollständig fehlt. Der Antrag wurde angenommen. Allmann stellt einen erweiterten Antrag, daß die Sektionen innerhalb dieser Frist dazu Stellung nehmen sollen, und motiviert dieses durch die in Dresden angenommene Resolution. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Versammlung bis zum 14. Februar vertagt.

Nachdem sich nun beide Sektionen in ihren Versammlungen am 4. und 7. Februar erneut mit den Vorstandswahlen beschäftigt hatten, wurden nach den Vorschlägen der Sektionen am 14. Februar folgende Personen ohne Widerspruch in den Vorstand gewählt: Liescher und Lehmann als Vorsitzende; Diegner und Langhann als Kassierer; Demgenzki und Harnis als Schriftführer; Bols, Jöhnt, Drever und Grönert als Revisoren.

Am 4. Februar fand in A t t o w i h wieder eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt. Kollege Köst hielt einen Vortrag über das Thema: „Herren und Knechte“. In seinen Ausführungen schilderte er die Stellung der Behörden zu unserem Koalitionsrecht, die zahllosen Polizeischikanen in Oberschlesien, und teilte auch den Rattowitzer Kollegen den neuesten Streich der Königsbutter Polizeibehörde mit. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem

Beifall begleitet, erregten aber das Mißfallen bei dem überwachenden Beamten und drohte derselbe mit der Auflösung, wenn der Redner sich nicht mäßige. Kollege Söfki wies den Beamten aber in gehöriger Weise ab und konnte seinen Vortrag beenden. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, jeden ersten Donnerstag im Monat eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Auch wurde die Gründung eines Diskussionsklubs beschlossen und traten 6 Kollegen dem Klub bei. Resultat der Versammlung: 10 Aufnahmen! Und da glauben noch die Innungsmeister, der Verband in Oberhessen sei im Absterben. Sie wollen sich gewiß selbst etwas vorfügen.

Die Kollegen in Leipzig hielten am 9. Februar eine öffentliche Versammlung in der Flora ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Ist die Abschaffung des Kost- und Logiswesens vom gewerkschaftlichen Standpunkt notwendig? hatte, da Kollege Stadterverordneter Heyer erkrankt war, Kollege Freitag das Referat übernommen. Er führte aus, daß gerade der Bäcker, welcher in der Woche an sieben Tagen, und zwar des Nachts, arbeite, eine gute Kost zu sich nehmen müsse. Das sei aber leider jetzt nicht überall der Fall. Die Schlafstätten seien meistens so beschaffen, daß ein anderer Arbeiter sie nicht für umsonst benutzen würde. Durch die Statistik, die zurzeit aufgenommen wird, werden noch viele Mißstände ans Tageslicht gezogen werden. Zur Beseitigung dieser Uebelstände sei eine starke Organisation nötig und jeder Kollege müsse sich dem Verbandsangehören. Hierauf wurden von verschiedenen Rednern Fälle von Lehrjahrsausbildung (!), überlanger Arbeitszeit, schlechten Schlafstätten und andere Mißstände vorgebracht. Ein Mitglied des Gesellenauschusses meinte, man solle sich an den Gesellenauschuß wenden. Ihm wurde erwidert, daß der Gesellenauschuß das Vertrauen der Kollegen nicht besitze, weil er nicht organisiert sei, nur als Staffage zur Innung diene und auch beim besten Willen nicht in der Lage sei, die Uebelstände zu beseitigen. Die Handlungsweise des Bäckermeisters Urban in Döitz, welcher einem Kollegen, der Einladungen zur Versammlung austrug, zur Tür hinausgeworfen hat, wurde einer scharfen Kritik unterzogen.

Am 14. Januar fand in Lüneburg eine Generalversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Derselbe war sehr kurz gehalten; es fanden statt 11 Mitgliederversammlungen; in je einer Versammlung referierte Kollege Allmann und Fischer. Hierauf gab der Kassierer seinen Bericht. In den Vorstand wurden gewählt: Paul Kitzsch, Vorsitzender; Edwin Adam, Kassierer; Richard Koch, Schriftführer; Bremer und Urban, Revisoren. Als Kartelldelegierter wurde Kitzsch wiedergewählt. Dem Kassierer wurden 10 A jährlich bewilligt und dem Kartelldelegierten für jede Sitzung 5 A. Das Einbinden der Sachzeitung wurde abgelehnt, jedoch wurde angenommen, zur Benutzung der Mitglieder kleinere Broschüren anzuschaffen. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen jeden ersten Donnerstag im Monat, nachmittags 5 Uhr, in der Lambertihalle abzuhalten. Die Errichtung eines Diskussionsklubs wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Sämtliche Unterstützungen werden beim Kassierer, Kollegen Edwin Adam, Spangenbergstr. 14 II., nachmittags von 3-6 Uhr, ausbezahlt.

Magdeburg. Die erste öffentliche Versammlung in diesem Jahre, die am 28. Januar im „Dreikaiserbund“ abgehalten wurde, war von dem Vortrage über den „Centralarbeitsnachweis des Germania-Verbandes“ referierte Kollege Heeren das Referat hielt einen mit großer Interesse und Beifall von den Kollegen aufgenommenen Vortrag. Im zweiten Punkte: „Was bietet uns der Deutsche Bäckerverband?“ beteiligten sich folgende Kollegen an der Diskussion: Zacharias, Jollmer, Heide, Start, Wille und Reuter. Mehrere Kollegen schlossen sich dem Verbands an. Am Tage dieser Versammlung hatten die Kollegen eine besondere Versammlung: „Gesellenauschlußwahl“, doch muß hier gesagt werden, daß die Wahl mit einer Art Ueberrumpelung vor sich gegangen ist. 24 Stunden vor der Wahl bekamen die Kollegen per Karte die Einladung hierzu. Organisierte Kollegen wurden nicht gewählt, mithin sind die Interessen eines Bäckergehilfen nicht gewahrt. Hoffen wir, daß es im nächsten Jahre anders kommt.

Reg. Eine von etwa 100 Gehülften besuchte Versammlung fand am 4. Februar statt. Kollege Lantke sprach über das Thema: „Wo finden wir Hilfe zur Verbesserung unserer Lage?“ Eine sehr lebhaft diskutierte eröffnete der mit einem Duzend Meistern erschienene Innungs-Vorstand Gerber. Er ist teilweise mit den sachlichen Ausführungen des Referenten einverstanden und hat nichts dagegen, wenn sich die Gehülften organisieren, jedoch sollte man die Mißstände in einzelnen Betrieben nicht gleich an die Öffentlichkeit bringen, sondern dieses dem bestehenden Gehülftenauschuß melden, damit dann mit der Meistervereinsung Hand in Hand zur Beseitigung geschritten werden kann. Hege im übrigen Bedenken, außer Kost und Logis zu arbeiten, weil dann ein sehr großer Teil der Beschäftigten nicht rechtzeitig die Arbeit antreten würde. Gehülften Knobloch äußerte sich bewußt, für die Meister eine Lüge zu machen und dieselben gegen das vom Referenten vorgebrachte in Schutz zu nehmen. Kein anständiger Mensch kann sich mit den Betreibungen des Verbandes einverstanden erklären. Der Innungsmeister wird vernichtet, weil wir die Konsumvereine unterstützen, das ist nicht sozial! Er weiß aus eigener Erfahrung, als er in Tienbach arbeitete, welchen „Terrorismus“ die Verbandsgegner ausübten, wenn man sich nicht anschließen will. Es sollte kein Kollege dem Verbands beitreten, sondern es ist höchste Zeit, daß wir einen Gehülften-Verein gründen, dann werden wir auch von den Meistern unterstützt. Er möchte doch einmal fragen, wieviel der Referent für das Dierherjahren bekommt. Wir haben kein Geld für Hamburg. Ein anderer Redner (Bäckermeister) erwähnte, daß sich die Verhältnisse zwischen heute und vor zehn Jahren bedeutend gebessert haben. Wir brauchen hier keine Leute, um die Gehülften aufzuwecken. Da schnellte der Schieber von Gerber wie von einer Kanonenkugel empor, welcher auf ziemlich Entfernung an seinen K-Beinen als Bäcker erkennbar ist und schrie in gut schwäbischer Mundart: „Stern mei Handwerk, um Rommer zu werden, i will net, wenn i alt bi, in Jahrt gan.“ Nun sprach nochmals Gerber, aber gerade das Gegenteil seiner ersten Ausführungen, er rückte sich wieder glücklich, als er gehört hat, daß ihn selbst die Gehülften an Minderjährigkeit übertrafen. Jeder kann Meister werden. Ich alten Meister Gehülften, ich möchte Euch bitten, tretet nicht dem Verbands bei, laßt Euch nicht von Hergeleiteten, welche die Meier Verhältnisse nicht im geringsten kennen, etwas vorgezogen und die Meier jauchzen ihn als ihren Obermeister emgegen. Genosse Reuten,

sowie dem Referenten war es ein leichtes, all diese verkappte „Weisheit“ ins richtige Licht zu führen. Wenn trotz allem von der Regierung veröffentlichten Zahlenmaterialien über den Rückgang des Kleinhandwerks immerwährend von den Innungsführern die Behauptung aufgestellt werde, so muß man nur über derartige Unkenntnis klammern. Wenn selbst in Meisterversammlungen anerkannt würde, daß die Bestrebungen des Verbandes mehr und mehr zur Beseitigung der Schmutz- und Schleudertourneure beiträgt, so ist es eine Unverschämtheit sonder gleichen, wenn hier von Aufhebern und Aufweckern gesprochen wird. Wir werden immer wiederkommen, selbst wenn die Saat auf unfruchtbaren Boden gefallen ist; wir werden nicht eher rasten und ruhen, bis die Köpfe aller Bäckerarbeiter revolutioniert sind! In einer Bemerkung bestätigt nur Gerber, daß er mit dem Referenten teilweise einverstanden ist. Mit dem Beitritt zur Organisation sei der Gehülften-Verein gemeint. Trotzdem diese Mißstimmung von einigen um die Meister herumstehenden „Gehülften“ gemacht wurde, traten einige Kollegen dem Verbands bei. In alle reifen Verbandsmitglieder ergeht der Ruf: Tretet in Reih und Arbeit, helfet mit, aus der dieser unheimlich scheinenden Festsitzung eine Hochburg des Verbandes zu machen!

Am 28. Januar fand in Regensburg die statuten-gemäße Generalversammlung statt, welche von zirka 80 Kollegen besucht war. Kollege Ferstl erstattete den Vorstandsbericht, dann erstattete der Vorsitzende Kollege Ottenbacher, weil der Kassierer nicht anwesend sein konnte, den Kassenbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß an Beiträgen in diesem abgelaufenen Jahre 3471 eingingen, 81 Aufnahmen, 270 Kartellmarken a 10 A wurden an die Mitglieder verabsolgt; abgereicht sind 25 Kollegen, ausgetreten 34 und dem Militär gehören 3 an, somit ein Abgang von 62 Kollegen, welche Zahl durch 81 Neuaufnahmen wieder ersetzt wurde. Gestorben sind 2 Kollegen. In den Vorstand wurden gewählt: Ottenbacher erster, Haglinger zweiter Vorsitzender; Henemann erster, Hasl zweiter Kassierer; Meier erster, Kainz zweiter Schriftführer; Ferstl erster und Knauer zweiter Revisor. Nachdem dem Vorsitzenden für seine Bemühungen 15 A bewilligt waren, bedankten sich die gewählten Kollegen für das Vertrauen, welches ihnen die Kollegen entgegengebracht haben. Der Vorsitzende erwähnte die Kollegen, wie bisher fortzuführen, damit wir im Jahre 1904 mit 5000 Beiträgen abrechnen können; besonders hob er das schöne Zusammenwirken zwischen Krankenverein und Verband hervor; hat doch der Krankenverein in Gemeinschaft mit dem Verband eine Christbaumfeier abgehalten, welche den Ueberschuß von 91.10 A ergab, wovon 11 an die streikenden Weber in Crimmitschau abgeschickt wurden und das andere je 40 A in gleiche Teile geteilt wurde (verdient Nachahmung). Durch dieses gesunde und gedeihliche Verhältnis zwischen Krankenverein und Verband ist unsere Mitgliedschaft auch so kräftig geworden. Würde es in anderen Städten auch so sein, so müßten die Kollegen schon viel weiter voran sein.

In Regensburg fand am 9. Februar eine Protestversammlung statt, welche von zirka 100 Kollegen besucht war. Es handelte sich um einen vom 1. März der Meister auf die Bundesratsverordnung vom 4. März 1903, am 21. v. M. fand nämlich eine Innungsversammlung statt, in der der Antrag gemacht wurde von einem bekannten Herrn Bäckermeister E. Verträge anzuarbeiten, den binnen 12 Stunden 1 Hige Weißes nebst 3 Higen Schwarzes fertigzustellen, was ganz unüblich ist. Genau nach seinem Antrag hat sich schon bereits ein Meister herbeigelassen, seinem Gehülften diesen Vertrag unterzeichnen zu lassen. Man sieht also wieder, wie stark die Bundesratsverordnung den Meistern in dem Magen liegt. Zur größten Freude nahmen die Gehülften ganz energisch dagegen Stellung und ließen sich auch wieder 6 Kollegen in den Verband aufnehmen, so daß unsere Mitgliedschaft bereits 97 Mitglieder zählt.

In Schwerin fand am 7. Februar die Generalversammlung statt, zu der alle Mitglieder erschienen waren; auch einige andere Kollegen waren als Gäste zugegen. Der bisherige Vorsitzende Koch ersuchte die Mitglieder, an seiner Stelle einen anderen mit diesem Posten zu betrauen, da er auswärts arbeitet. Gleichzeitig legte er die Jahresabrechnung vor und erstattete kurz den Bericht über die Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Dase, als zweiter Kollege Paul Leich gewählt; S. Godemann als Kassierer; Carl Leich als Schriftführer; als Revisoren Kempke und Paul Leich. Sodann hielt Kollege Köster einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der neue Vorstand wird in Schwerin und Umgebung eine rege Agitation entfalten und wenn er darin von den Mitgliedern eifrig unterstützt wird, muß es auch vorwärts gehen.

Die Mitgliedschaft St. Johann-Saarbrücken hielt am 17. Januar eine Generalversammlung ab. Anwesend waren 19 Mitglieder. Nachdem die Tagesordnung verlesen war, erhielt Kollege Scheef das Wort über den Vorstandsbericht. Versammlungen wurden 11 Mitglieder- und 5 öffentliche abgehalten. Sodann erstattete Kollege Bunte den Kassenbericht, der für richtig befunden wurde und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Ehe zur Vorstandswahl geschritten wurde, ergriß Kollege Scheef das Wort und legte den Mitgliedern dar, daß er auf keinen Fall den Posten als Vorsitzender annehmen könne; durch die vielen Angriffe von Seiten der Mitglieder und auch vom Hauptortstand wegen zu wenig Agitation, die er nicht besser hätte betreiben können, wäre er gezwungen, abzutreten. Genählt wurden: Schirmer als erster und Benal als zweiter Vorsitzender, Bunte als Kassierer, Sulzbacher als Schriftführer, Reißer und Grohe als Revisoren, Benal als Kartelldelegierter. Nachdem noch verchiedene interne Angelegenheiten, die ja leider nicht wegbleiben können, erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen. (Nun, d. Schrift: Es wäre besser, wenn die Mitglieder nicht immer so kränklich und mehr für die Agitation tun würden, denn daß wir immer neue Vorstandsmitglieder wählen müssen, ist kein Vorteil für uns.)

In Wehlar sollte am 2. Februar die Gesellenauswahl vorgenommen werden; obwohl sich Kollege Vogelhuber noch nachmittags 5 Uhr bemüht hatte, die Kollegen persönlich einzuladen, waren leider nur die Kollegen Vogelhuber, Hertlein und Unkel anwesend. Man konnte aber zu keinem Resultat kommen, da die anderen drei nicht die Sitzung besucht hatten. Herr Bäckermeister Hoff gab noch bekannt, daß an die Handwerkskammer geschrieben werden soll, ob auch die minderjährigen Kollegen in den Gesellenauschluß gewählt werden können. Am 10. Februar fand ebenfalls Versammlung statt und besaßte

man sich wieder mit dieser Frage. Kollege Sattler sprach noch über die Rechte und Pflichten der Gesellenauschüsse und schlug den Kollegen Vogelhuber vor, der dann auch einstimmig gewählt wurde. Kollege Vogelhuber sprach seinen Dank aus für das entgegengebrachte Vertrauen seitens der Kollegen und betrachtete es als seine Pflicht und Schuldigkeit, die Interessen der Kollegen zu vertreten.

## Genossenschaftliches.

Der Konsumverein für Garburg, Wilhelmshagen und Umgebung berichtet über sein 39. Geschäftsjahr. Danach ist die Mitgliederzahl auf 2535 gestiegen. Der Gesamt-Warenumsatz betrug 443 209,58 M gegen 419 927,95 M im vorigen Jahre. Von dem Umsatz entfällt a) auf das Warengeschäft 308 110,23 M, b) auf die Bäckerei 135 099,35 M; Gesamt 443 209,58 M. Außerdem wurden im Abatverkehr (Schlachter) 36 554, — M umgelegt. Das materielle Ergebnis ist ein Bruttogewinn von 71 506,94 M, ein Reingewinn von 23 442,69 M. Neben die Bäckerei sagt der Bericht: Unsere Bäckerei entspricht nicht mehr den gesteigerten Anforderungen; es ist daher in Aussicht genommen, das Grundstück in der Schüttstraße entsprechend anzubauen und daselbst eine neue mit den besten technischen Einrichtungen versehene Bäckerei zu errichten, um so die Bäckerei leistungsfähiger und rentabler zu gestalten. Desgleichen sollen das Zentrallager, die Stallungen usw. dorthin verlegt werden.

Die Genossenschaftsbäckerei „Vorwärts“, Produktivgenossenschaft der Bäckerei-Arbeiter erstattet ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1903. Darin heißt es: Das verfloffene Geschäftsjahr ist für unsere Genossenschaft in seinen geschäftlichen Ergebnissen ein weniger günstiges als die beiden vorhergegangenen. Der Umsatz erfuhr gegen das Vorjahr eine Steigerung um 84 479 M, doch entfällt diese Steigerung nur auf das erste Halbjahr. Vom 1. Januar bis 30. Juni stieg der Umsatz gegen das Vorjahr im selben Zeitraum um 94 559 M. Die Betriebsrichtungen waren hier bis zur höchsten Leistungsfähigkeit angepannt. Im Juli eröffnete unser größter Abnehmer (zirka 18 000 M monatlich), der Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion seine eigene Bäckerei. Durch den Verlust dieser Kundenschaft mußte der Umsatz unserer Bäckerei zurückgehen. Doch ist es bald gelungen, wenigstens teilweise anderwärts Kundenschaft zu finden; so blieb der Umsatz im vierten Quartal gegen das Vorjahr nur um 10 000 M zurück, was aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist. So hatten wir

	1902	1903
im 1. Quartal . . . . .	M 119 356	M 168 676
„ 2. „ . . . . .	„ 130 424	„ 175 663
„ 3. „ . . . . .	„ 137 971	„ 138 039
„ 4. „ . . . . .	„ 145 536	„ 135 388

Der Reingewinn ist indes von 20 746 M im Jahre 1902 auf 9214 M im Jahre 1903 zurückgegangen. Das Protogewicht haben wir im September wesentlich erhöht; es fiel deshalb der Bruttogewinn von 27 pSt. 1902 auf 25 pSt. 1903. Außerdem sind im Berichtsjahre die Löhne zweimal 29 auf 30 M pro Woche von 26 auf 27 M bzw. von Mindestlöhne auf 28 M pro Woche erhöht. Unsere Genossenschaft zahlt jetzt die höchsten Minimallohne unter allen stromum- und Genossenschaftsbäckereien Deutschlands. Die Ausgabe für Lohn stieg deshalb auch von 63 787,51 M im Jahre 1902 auf 78 455,38 M im Jahre 1903 oder von 11,9 pSt. 1902 auf 12,7 pSt. des Umsatzes 1903. Auch die Arbeitszeit erfuhr noch im Jahre 1903 eine Verkürzung, indem bei der achtstündigen Arbeitszeit noch eine Pause von 20 Minuten festgelegt wurde; für die Nachmittags wurde die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden reduziert. In die Arbeitsordnung wurde folgende Bestimmung aufgenommen: Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet in folgender Weise Anwendung: Bei militärischen Dienstleistungen und in Krankheitsfällen wird der Lohn bei Arbeitern, welche mindestens sechs Monate im „Vorwärts“ beschäftigt sind, auf die Dauer von 14 Tagen, und für solche, die über ein Jahr in Stellung sind, auf die Dauer von vier Wochen bezahlt (unter Kürzung der empfangenen Unterstützung).

Umsätze und Reingewinn der Bäckerei.

Jahr	Gesamtumsatz	Auf Weibsbäckerei und Konditorei entfallen		Reingewinn
		M	M	
1895 . . . . .	110 121,26	—	—	79,43
1896 . . . . .	144 776,30	—	—	231,98
1897 . . . . .	140 920,53	—	—	61,41
1898 . . . . .	236 785,46	—	—	6 933,08
1899 . . . . .	267 976,31	—	—	15 099,58
1900 . . . . .	332 741,25	107 095,50	—	5 716,13
1901 . . . . .	454 489,32	113 145,60	—	16 845,34
1902 . . . . .	533 289,07	122 411,28	—	20 746,65
1903 . . . . .	617 768,21	160 968,31	—	9 211,87

Im Betriebe sind inkl. der drei Vorstandsmitglieder 33 Bäcker, 3 Konditoren und 10 Kutscher beschäftigt. Außerdem wurden im Dezember noch händig 6 Ausbilden beschäftigt. An Rohmaterialien wurden im Berichtsjahre verboden bezw. verbraucht: 11 001 Eod Weizenmehl (9190), 5126 Eod Roggenmehl (7030), 79 Eod Grieß (78), 1235 Eod Ruder (740), 43 351 Eod Butter und Schmalz (32 845), 16 358 Eod Mehl (15 380), 25 370 Eod Anker (15 800), 2400 Eod Mehl (1931), 1984 Eod Mehl (1025), 187 Eod Saccade (160), 1300 Eod Marzipan (850), 1350 Eod Kartoffelmehl (975), 416 Eod Mandeln (330), 281 Eod Salz (251), 3840 Eod Mel (2943), 9255 Eod Syrup und Conig (8080), 125 Eimer Marmelade (97), 107 366 Liter Milch (96 119), 1282 Eod Eier (922), für 1683 M Wert (1316). Die eingekammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1902.

Die Posener Genossenschaftsbäckerei hielt ihre Generalversammlung am 14. Januar in Wilda ab. Der Vorsitzende und der Aufsichtsrat berichteten über die seit Gründung des Geschülts im Mai vorigen Jahres gemachten Fortschritte. Danach hat das Geschäft wirklich gute Ergebnisse erzielt. Die Einnahmen für verkaufte Backwaren stellen sich seit der erwähnten Zeit auf zirka 40 000 Mark. Durch vielfache Anschaffungen konnte jedoch in diesem ersten Geschäftsjahre, das auch nur zirka sieben Monate umfaßt, noch keine Verteilung von Dividenden vorgenommen werden. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 177, 170 männliche und 7 weibliche. Verkaufsstellen besitzt die Genossenschaft jetzt zirka 50, die sich auf alle Stadtteile gleichmäßig verteilen.